

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., answärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 53.

Mittwoch, den 4. März 1914.

21. Jahrg.

Parteigenossen! Arbeiter und Arbeiterfrauen!

Wisset sorgsam die Zeichen der gegenwärtigen Zeit und ihr werdet erkennen, daß es mehr denn je gilt, auf dem Posten zu sein und den Kampf gegen die volksfeindlichen Gewalten mit größtem Nachdruck zu führen.

Durch lange und opfermutige Bemühungen hat sich die deutsche Arbeiterklasse aus den Elendstiefen, in die sie der Kapitalismus hinabstieß, ein wenig zu erheben vermocht. Sie hat sich ihre großen gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen und politischen Organisationen aufgebaut. Sie steht im Begriff, ihren kulturellen Einfluß auf allen Gebieten des Lebens mehr und mehr zur Geltung zu bringen. Aber gerade dieses Vordringen der Arbeiterklasse erfüllt die Herrschenden mit Wut und Furcht. Die Reaktion — Junker und Großkapital und deren Diener, die Regierung — spannt allen Scharfsinn an, um den Vormarsch der Arbeiterklasse zum Stillstand zu bringen und um die Ausbeutungsherrschaft zu erhalten und zu befestigen.

Der Reichtum der besitzenden Klassen schwillt immer gewaltiger an. Der „Generalpardon“ des Wehrbeitrags zeigt an, wie riesenhaft das „nationale Vermögen“ angeschwollen ist. Aber in den Tiefen der Gesellschaft verbreitet die Arbeitslosigkeit Not und Kummer, und Millionen und aber Millionen sind nicht imstande, auch nur das Nötigste zum Leben sich zu beschaffen. Und in solcher Nothstandszeit gehen die Volksfeinde darauf aus, die Grundrechte der Arbeiter durch offene oder versteckte Ausnahmengesetze zu menschen und verbrecherische Streikbrecheragenten gegen die ehrliche Arbeiterschaft auszuspielen.

Arbeiter! Denkt an die streikbrechenden Totschläger, denkt an die Hingegarde, an den Mörder Keiling, der, im Auftrag der Berliner Polizei und des Arbeitgeberverbandes „arbeitend“, den Maschinenmeister Solinger erschoss! Denkt aber auch an die zahllosen Verfolgungen und schweren Bestrafungen eurer Klassengenossen, die nichts taten, als im Kampfe für die Verbesserung der Lebenslage ihrer Kameraden ein kräftiges Wort zu wagen!

Seht, Arbeiter und Arbeiterfrauen, wie die Reaktion in wildem Haß aufschäumt gegen die stätliche Vertretung, die ihr euch in den Parlamenten, vor allem im Deutschen Reichstage, geschaffen habt. Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage hat die bürgerlichen Parteien und die Regierung genötigt, endlich einmal auch die Besitzenden mit einer leidlich kräftigen Steuer zu den Reichslasten heranzuziehen. Sie hat auch sonst einige Verbesserungen, z. B. im Militärstrafgesetzbuch, durchgesetzt. Gerade wegen dieser sozialdemokratischen Erfolge toben ja die Volksfeinde aller Sorten so fanatisch gegen den Reichstag, diese „gemischte Gesellschaft“.

Die Volksfeinde fürchten, daß dieser „demokratische Reichstag“ noch in mancherlei Hinsicht für das Recht und die wirtschaftliche Wohlfahrt des arbeitenden Volkes etwas herauszuschlagen wird. Sie fürchten, daß sie in diesem Reichstage ihre neuen Zollwucherpläne nicht werden durchführen können. Deshalb schimpfen sie ohne Unterlaß auf den Reichstag mit den „roten 110“.

Deshalb sinnen sie auf die erste Gelegenheit, um den Reichstag zur Auflösung zu bringen, um eine nationalistische Hege wie 1907 zu entfesseln, um sich wieder einen „zuverlässigen Reichstag“ zu besorgen, der nicht Besitz Steuern, sondern Arbeiter Steuern beschließt, der das Koalitionsrecht und die soziale Reform vollends vernichtet.

Parteigenossen, Arbeiter! Haltet die Augen offen! Die Volksfeinde schlafen nicht, sie warten nur darauf, daß sie auch von neuem vergewaltigen und entrechten können. Denkt nur nicht, es sind jetzt stillere Zeiten. Nein — die Zeit ist ernst, bitter ernst. Es gilt, zu neuen Kämpfen mit allen Kräften zu rufen!

Wie aber rüft ihr euch am besten? Durch Werbung neuer Mitkämpfer, neuer Volksbotenleser, neuer Parteimitglieder!

Noch immer sind allzuvielen Tausende Angehörige des arbeitenden Volkes unseren Parteiorganisationen ferngeblieben. Noch immer unterjügen viel zu viele Männer und Frauen der unbemittelten Klasse jene Zeitungen, die den Volksfeinden dienlich sind.

Es ist Ehrensache jedes denkenden Arbeitsmannes, jeder verständigen Arbeiterfrau, sich solidarisches einzureihen in die Armee der kämpfenden Arbeiterklasse. Es ist Pflicht — im eigenen Interesse, im Interesse der Familie und im gesamten Volksinteresse — volksfeindliche Zeitungen zu beseitigen und das Volk zu unterstützen, dessen ganze Lebensaufgabe es ist, die Arbeiterschaft aus Nacht zum Licht, aus Knechtschaft zur Freiheit zu führen.

Weitere starke Vermehrung der sozialdemokratischen Zeitungleser und Parteimitglieder — das ist die beste Antwort auf die reaktionären Gerüchte. Das ist die beste Vorarbeit für die großen Kämpfe, die uns bevorstehen.

Arbeiter und Arbeiterfrauen! Keiner und keine von euch stehe lässig beiseite. Jeder und jede kann zu seinem Teil etwas mitwirken. Tuet alle euer Bestes, um die Phalangen der kämpfenden Arbeiterklasse zu erweitern, zu festigen und unwiderstehlich zu machen! Vergesst nicht, daß es um die höchsten Güter des arbeitenden Volkes geht!

Voran gegen die drohenden Volksfeinde! Vorwärts, immer vorwärts!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Postetat.

Die Generaldebatte des Postetats wird voraussichtlich am Mittwoch zu Ende geführt werden. In der gestrigen Sitzung kam zuerst der Fortschrittler Kiel zu Wort, der aus der großen Masse von Petitionen der Beamten den sicherlich berechtigten Schluß zog, daß ihre Verhältnisse außerordentlich verbesserungsbedürftig sind. Der fortschrittliche Redner sprach sich dann über einzelne Detailfragen des Postwesens aus, und zwar namentlich über Fernsprecheinrichtungen. Ihm folgte der reichsparteiliche Redner Herr Martin, der ebenso wie seine Genossenschaftsfreunde am vorhergegangenen Tag mit großer Entschiedenheit gegen die allzu ausgedehnte Einstellung weiblichen Personals plädierte. Im übrigen äußerte er dem Beispiel des Herrn Naden vom Zentrum folgend, allerhand stilkliche Bedenken über die postlagernden Sendungen. Mit besonderem Nachdruck nahm er den Staatssekretär gegen den Vorwurf des Genossen Ehrlich in Schutz, daß er seine Beamten wehrlos den Angriffen des Obersten v. Kenter preisgegeben habe. In seiner Antwort bemerkte der Staatssekretär, daß die weiblichen Hilfskräfte in Heimen, Postämtern, vornehmlich in den Fernsprecheinrichtungen, eine wichtige Rolle spielen.

sehr zwischen seinen Beamten und den Abgeordneten sieht. Der Pole Brandys führte eine Reihe von Gründen an, die gegen die Bewilligung der Ostmarkenzulage sprechen, während der Antisemit Werner-Gießen zugunsten dieser Kredite sprach. Die Reihe der Redner wurde am gestrigen Tag durch den Genossen Zubeil beschlossen, der nach einigen Bemerkungen über den Fall Zaben lebhaften Kritik an der Postverwaltung übte. Er hatte ein sehr umfangreiches Material zu seiner Verfügung, aus dem er zahlreiche Beispiele zur Begründung seiner Kritik schöpfte. Diese Bemängelung seiner Verwaltung und die Aufführung von einzelnen Missethänden machte Herrn Kräfte so nervös, daß er unseren Genossen in sehr erregten Worten erwiderte. Sein Ton und die Form, die er für seine Antwort wählte, waren derart deplaziert, daß der Präsident, Herr Dr. Kämpf, ihm dafür eine nicht mißzuverstehende Rüge erteilte. Ein sicherlich seltener, aber umsomehr charakteristischer Fall.

„Sparagues“ in freikonservativer Aufmachung.

Die von Eugen Richter geschaffene Figur der „Sparagues“ hat vor Jahren in der Agitation gegen die Sozialdemokratie eine große Rolle gespielt. Nachdem die Sozialdemokratie in Verfall geraten, jetzt aber nun wieder — wenn auch in anderer Aufmachung — eine rastlose Welle über das Volk heraufzieht, so ist die Figur der „Sparagues“ wieder in freikonservativer Aufmachung.

chen altern. Nächstens geht es zu Ende. In diesem Punkt des Lebens stellt sich eine Belohnung ein: die Kinder sind herangewachsen, sie beginnen die Stütze der Eltern zu werden. Martha ist erst 16, aber in der Fabrik bekommt sie schon 30 Mk. Fritz wird einmal ein tüchtiger Bautischler werden, er verdient mit seinen neunzehn Jahren schon 70 Mk. den Monat. Georg zwar, der unruhig veranlagt ist, will nicht recht ins Geleise kommen, auch hat er seine Stellung in seinem Berufe mehrfach gewechselt. Immerhin, wenn er sich dazu hält, kann er seine hundert Mark zusammenschaffen. Und ist auch erst zwanzig alt. Ely aber, die sehr geschickt ist, und sich noch täglich fleißig weiterbildet, hat mit 22 Jahren den Posten einer Direktrice in einer elektrotechnischen Fabrik inne und bringt am Monatslohn 150 Mark heim. Bleibt noch Albert übrig, der nächstens eingesegnet wird. Er wird seinen Weg schon machen. Den Eltern ist nicht bange darum.

Der langen Rede kurzer Sinn ist der: eine große Kinderschar ist eine Sparbüchse für das Alter. Diesen Unfuss ernsthaft widerlegen wollen, hieße ihm wirklich zuviel Ehre antun. Der verstorbenen Scharfmacher „König“ Stumm war gewiß ein arger Reaktionsär, wenn die „Post“ aber zu seinen Lebzeiten solchen Blödsinn gemordet hätte, wäre es sicher a ber m a l s zu der Frage gekommen: „Wemmer GEL“ hat denn das wieder gemacht?

Der Raubraub in Borna-Begau.

Dem allbekannten Ehrenreiter Riebert schenkt die „Post“ eine neue, sehr schön gezeichnete, zu sein, denn seine

Reichsverbandsgeneral das Mandat im 14. jährl. Reichstagswahlkreis Borna-Pegau am 17. März sichern sollen. So verbreiteten sie geflüchtlich die Behauptung, die Nationalliberalen würden wie in Jerichow den Konservativen so auch in Borna-Pegau den Liebert gleich im ersten Wahlgang unterstützen. Diesen Ausstellungen tritt jetzt der Nationalliberale Reichsverband mit einer Erklärung entgegen, die dem Vorsitzenden des Nationalliberalen Vereins in Borna zugegangen ist. Diese Erklärung lautet wie folgt:

„Es ist selbstverständlich ein unzulässiges und illoyales Verfahren, wenn ein Führer der dortigen konservativen Partei erklärt, daß die freikonservative Kandidatur auch von den Nationalliberalen im Wahlkreise unterstützt würde. Soweit es sich dort um Mitglieder des Nationalliberalen Reichsverbandes handelt, ist es selbstverständlich, daß diese, wie auch alle Mitglieder der nationalliberalen Partei, hinter der offiziellen Parteikandidatur des Herrn Landtagsabgeordneten Nikstke-Leuschke stehen. Das ist eine solche Selbstverständlichkeit, daß wir überhaupt erst darüber sind, daß die konservative Parteileitung zu einer solchen Irreführung der öffentlichen Meinung gelangen kann. Wir geben Ihnen gern die Art anheim, in der Sie von unsren Zeilen öffentlich Gebrauch machen wollen.“

Mit vorzüglicher Hochachtung
Nationalliberaler Reichsverband Berlin.
(ges.) Fuhrmann.“

Das bedeutet: Front gegen Liebert! Natürlich nur für den ersten Wahlgang. Denn daß die Nationalliberalen wie überhaupt die Nationalliberalen in hellen Scharen zur Fahne Lieberts strömen, wenn es zur Stichwahl zwischen diesem und dem Sozialdemokraten kommt, ist selbstverständlich. Ist doch das Blut der Klassenzugehörigkeit dider als das Wasser politischer Differenzen.

Das preussische Abgeordnetenhaus

Überwies am Dienstag zunächst den Entwurf des Kommunalabgabengesetzes an eine Kommission. Nach Erledigung des Ausgrabungsgesetzes trat das Haus in die erste Sitzung des Gelegenheitsrates über die Dienstvergehen der Beamten der Orts-, Land- und Sanitätskassen ein. Die Vorlage, die bereits vom Herrnhauje erledigt ist, will bekanntlich das Gesetz über die Dienstvergehen der nichtrichtlichen Beamten auch auf Krankenkassenbeamte übertragen. Die Redner der bürgerlichen Parteien erklärten sich mit diesem Vorgehen einverstanden, während unter Genosse Braun das Gesetz bekämpfte und kritisierte, daß die preussische Regierung auf Umwegen das zu verwirklichen luche, was die gesetzgebenden Körperschaften des Reichstages nicht gewillt haben. — Der Minister bestritt die Richtigkeit der Anschuldigung unterer Genossen. — Abg. Gronowski vom Zentrum benutzte die Gelegenheit, allerdings nicht näher substantiierte Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie und ihre Tätigkeit in den Kassenverwaltungen zu erheben. Soweit es Braun möglich war, wies er die Angriffe auf unsere Partei sofort zurück; bei der zweiten Sitzung wird unter Redner nochmals darauf zurückkommen.

Hierauf begründete Abg. Dr. Bemer (natlib.) den zum Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung gestellten Antrag, der Maßnahmen verlangt, die bei der in Aussicht stehenden Neuordnung der handelspolitischen Verhältnisse einen wirksamen Schutz der deutschen wirtschaftlichen Interessen gewährleisten. Die Diskussion über diesen Antrag, der auf noch höhere Zölle und auf eine noch größere Schädigung der Konsumenten hinausläuft, wurde auf Mittwoch vertagt.

Der Kampf um die Sonntagruhe.

In der Sonntagruhekommision des Reichstages wurde am Dienstag die Abstimmung über die Arbeitszeit in den Städten mit unter 75 000 Einwohnern vorgenommen. Abgelehnt mit den 15 Stimmen der bürgerlichen Parteien vom Freisinn bis zu den Konservativen, gegen 11 Stimmen der Sozialdemokraten, des Grafen Potadowski, der Christlichsozialen und des Abg. Marquardt bei einer nationalliberalen Stimmenthaltung wurde der sozialdemokratische Antrag, jene Arbeitszeit auf zwei zusammenhängende Stunden bis spätestens 1 Uhr festzusetzen. Angenommen mit weitaus, derselben bürgerlichen Mehrheit wurde dagegen der Kompromißvorschlag unter Zentrumsführung, drei Stunden Arbeitszeit für die Städte mit unter 75 000 Einwohnern als Regel mit der Maßgabe zuzulassen, daß in Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern diese Beschäftigungsdauer ununterbrochen sein muß, d. h., daß sie in den kleineren Gemeinden sogar auf Vor- und Nachmittags verteilt werden kann. Eine bestimmte Schlußrunde wurde nicht bestritten. Ferner beschloß dieselbe Mehrheit nach Ablehnung eines sozialdemokratischen Änderungsantrages, der höheren Verwaltungsbehörde für „besondere Verhältnisse“ die Befugnis zu geben, jene reguläre Sonntagarbeit von drei Stunden für Gemeinden von weniger als 10 000 Einwohnern um zwei Stunden, für die von 10 000 bis 75 000 Einwohnern um eine Stunde zu verlängern. Dann ging man zur Regelung der Ausnahmen für das sogenannte Bedürfnisgewerbe über. Hier will die bürgerliche Kompromißmehrheit noch einmal weitere Arbeitszeiten gestatten. Für Back- und Konditorwaren sollen nicht weniger als 6 Stunden, für Milch und Volkereierzeugnisse drei Stunden etwa in allen Gemeinden freigegeben werden. Eine Mittagsruhe von 15 Minuten ist hier wiederum nicht vorgesehen. In den Gemeinden von 75 000 Einwohnern ab aber soll die höhere Verwaltungsbehörde für alle möglichen vorerwähnten Bedürfnisgewerbe bis zu zwei Stunden etwa freigegeben können, hier allerdings nur bis 1 Uhr mittags. — Die Sozialdemokraten erklärten, daß für die Gemeinden von unter 75 000 Einwohnern durch die verlängerten Arbeitszeiten auch das Bedürfnisgewerbe schon mehr als ausreichend berücksichtigt sei. Sie beantragten deshalb nur für die Orte mit völliger Sonntagruhe drei freie Stunden mit Schlußrunde 10 Uhr sonntags für jeden wahlberechtigten Bürger und im Gesetz festgesetzte wirtschaftliche Bedürfnisgewerbe (Milch, Back- und Konditorwaren, frisches Gemüse, Fleisch und Wurst, frische Mägen, Feilagen, Eis und Mineralwasser).

Die Genossen Siebel, Hoch und Cohen begründeten diesen Antrag eingehend, während die bürgerlichen Abgeordneten, namentlich Dr. Hize (Str.) und die Freisinnigen die Ausnahme so weit als möglich zugulassen vorschlugen, sodaß sie sich sogar vom preussischen Regierungsvertreter sagen lassen mußten, daß ihre Verschlechterungsabsichten noch hinter die Gesetzgebung von 1891/92 mit ihren fünf Stunden und ihrer weitestgehenden Ausnahmeregelung zurückgingen. — Die Entscheidung fällt nächsten Donnerstag.

Die Budgetkommission des Reichstages

beschloß gestern mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten den Bau der Bahn von Tabora nach Ruanda und bewilligte die dafür angeforderten 31,4 Millionen Mark.

Eine seltige Anfrage.

Der Zentrumsabgeordnete Erzberger hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, aus welchen Ursachen die beiden Burschen des Generalmajors Boef zu Nelke Selbstmord verübt haben? Welches Resultat hat die ärztliche Untersuchung der Leichen der Getöteten ergeben? Warum fand die Beerdigung nicht in der Heimat der Soldaten statt? Wieviele Burschen hat der Generalmajor Boef seit Oktober 1913 gehabt?“

Der Fragesteller erklärt, daß er sich mit einer schriftlichen Antwort begnügt, die jedenfalls bereits in den nächsten Tagen erteilt wird. Die Antwort dürfte einiges Licht in diese mysteriöse Angelegenheit bringen, die bei der Beratung des Militäretats jedenfalls sehr eingehend behandelt werden wird.

Die Vereidung der ultramontanen Presse auf die Kölner Parole.

Der Augustinusverein, in dem die Zentrumspresse organisiert ist, hat in seiner am Montag in Berlin abgehaltenen Frühjahrsversammlung, der zahlreiche Abgeordnete und speziell die beiden Vorsitzenden der Reichstags- und Landtagsfraktion bewohnten, folgende Erklärung beschlossen:

Die am 2. März 1914 zu Berlin tagende Generalversammlung des Augustinusvereins begrüßt auf das lebhafteste die Kundgebung des Reichsausschusses der deutschen Zentrumsparlei vom 8. Februar 1914. Sie erklärt es als Aufgabe der im Augustinusverein organisierten Zentrumspresse, in fest geschlossener Einigkeit dafür zu wirken, daß die vom Reichsausschuss klar und bestimmt gezogenen Richtlinien liberal und entschieden in der Öffentlichkeit zur Geltung gebracht werden. Sie erklärt ferner, daß ein Abweichen davon als die Interessen sowohl der Zentrumsparlei wie des katholischen Volkssteils schädigend und den Zwecken und Aufgaben des Augustinusvereins widersprechend zu betrachten und zu behandeln ist. Daher kann der Augustinusverein Personen und Preorganane, die den Richtlinien des Aufrufes des Reichsausschusses zuwiderhandeln, und die das Vertrauen der Zentrumsparlei zur Zentrumsparlei und zu deren Fraktionen und damit die Einigkeit der Partei durch grundlegende Angriffe und Verdächtigungen unterwühlen, nicht in seinen Reihen dulden.

Die Abstimmung war namentlich; mit allen gegen eine Stimme wurde die Entschließung unter großem Beifall angenommen. Sämtliche Mitglieder des Augustinusvereins — auch die Nichtanwesenden — werden auf ausdrücklichen Beschluß der Generalversammlung auf die Entschließung verpflichtet.

Ein Votum gegen den preussischen Partikularismus.

Die zweite Kammer des badischen Landtags genehmigte am Dienstag gegen die Stimmen der Fortschrittler und Sozialdemokraten die Kosten für die Wiederherstellung der Münchener Gesandtschaft. Die Nationalliberalen hatten wieder einmal eine Schwenkung vorgenommen. Hiedurch sei München wieder ein Brennpunkt politischer und wirtschaftlicher Fragen geworden. Ferner müsse die Finanzhoheit der Einzelstaaten, die stark bedroht sei, gewahrt werden. In derselben Lage wie Baden befänden sich auch die anderen Bundesstaaten. Ein Zusammenbruch der Bundesstaaten sei notwendig. Dafür brauche man auch die Gesandtschaft. Endlich müsse dem preussischen Partikularismus, den er als schweres Hindernis für die Entwicklung des Deutschen Reiches ansehe, der badische Partikularismus entgegengestellt werden. — Staatsminister Freiherr v. Dusch suchte mehr den Nützlichkeits- als den Notwendigkeitsstandpunkt bei dieser Frage hervorzuheben. Auf die Frage der partikularistischen Bestrebungen wollte er nicht näher eingehen.

Der bayerische Kriegsminister gegen die Soldatenmishandlungen.

Der bayerische Kriegsminister wendet sich in einem Erlaß gegen die „unwürdige Behandlung von Untergebenen“, der folgenden Inhalt hat:

„Die Fälle unwürdiger Behandlung von Untergebenen haben trotz vielfacher Erlasse des Kriegsministeriums keine genügende Einschränkung erfahren. Um diese endlich zu erreichen, ist es unerlässlich, daß bei allen Vorgefällen der erste Wille zur Ausrottung dieses die Arme nach innen wie nach außen schwer schädigenden Übels vorhanden ist. Allen voran muß ich von jedem Offizier fordern, daß er, der Bornehmtheit seines Berufes eingedenk, sich nicht nur roher Behandlung, sondern auch der gewohnheitsmäßigen Anwendung von Schimpfwörtern enthält. Ich erwarte, daß in dem Vorgehen gegen Offiziere, die die erforderliche Selbstbeherrschung vermissen lassen, künftig jede unangebrachte Rücksicht von dem Disziplinär-Vorgehen oder den Gerichtsherrn beiseite gelassen wird. Auch hege ich zu den Militärgerichten selbst das Vertrauen, daß sie ohne Ansehen der Person durch eine nachdrückliche Behandlung der ihnen zur Aburteilung vorliegenden Fälle von Mishandlungen usw. bei der Zurückdämmung dieser Verfehlungen mit-

wirken. Von ausschlaggebender Bedeutung für die Erreichung dieser Ziele ist eine gewissenhafte Handhabung der Dienstaufsicht und eine nachhaltige Erziehung der Unteroffiziere und der mit Vorgesetzten eigenschaften ausgestatteten Mannschaften durch die Kompanie- usw. Chefs, deren Pflicht es ist, über die vorschriftsmäßige Behandlung der Mannschaften zu wachen. In einer Truppenabteilung, in der längere Zeit hindurch Ausschreitungen der erwähnten Art vorkommen oder in der sich mehrere Organe solcher gleichzeitig schuldig machen, fehlt es mit Sicherheit entweder an der pflichtgemäßen Aufsicht oder an der Erziehung oder an beidem. Ich werde die dem Kriegsministerium zur Behandlung gelangenden Fälle eingehend prüfen lassen und mit unerschütterlicher Strenge auch gegen jene Vorgesetzten einschreiten, die durch lässige Pflichtauffassung eine Mitschuld an unwürdiger Behandlung von Mannschaften trifft. Offiziere, die fernerhin persönlich in gröblicher Weise gegen den nun zur Genüge gekennzeichneten Willen des Kriegsministeriums verstoßen oder die Pflicht der Dienstaufsicht in erheblichem Grade vernachlässigen, haben eine strenge Erörterung der Frage, ob sie sich überhaupt noch für ihre Stellung eignen, zu gewärtigen. Damit auch die Unteroffiziere über die Tragweite einer solchen Handlungsweise nicht im unklaren sind, ist ihnen zu eröffnen, daß bei schweren Fällen von Mißbrauch der Dienstgewalt — es zählen hierzu auch schon Schikanieren und Quälereien der Mannschaften im inneren Dienst — nach dem Willen des Kriegsministeriums die Genehmigung zur Fortsetzung der Kapitulation nicht mehr erteilt werden soll, sofern nicht überhaupt eine sofortige Kapitulationslösung eintritt. In allen Berichten über Mißbrauch der Dienstgewalt durch Kapitulanten ist Stellung zu der Frage zu nehmen, ob der Betreffende sich weiterhin zum Erzieher der Mannschaft noch eignet. Die Unteroffiziere sind ferner darauf hinzuweisen, daß das Kriegsministerium Gesuche um Lösung von Strafvermerken wegen Mißhandlung usw. von Untergebenen an allerhöchster Stelle nicht vertreten wird, und zwar ohne Rücksicht darauf, daß der Vortrag derartiger Strafen die Versorgung im Zivildienst außerordentlich erschwert. Die Befürchtung, daß durch ein strenges Vorgehen gegen die Mißhandlungen die Leistungen einer Truppe Schaden leiden können, ist irrig. Der anständige Geist in einer Abteilung und damit die wirkliche Disziplin ist durch eine erniedrigende Behandlung der Mannschaften und durch die mehr oder minder offene Duldung einer solchen in weit höherem Grade gefährdet. Bei aller Strenge der dienstlichen Anforderungen, an denen nichts nachgelassen werden soll, muß der Soldat die Empfindung haben, daß seine Vorgesetzten auf gute und gerechte Behandlung sehen. Die Vorgesetzten aller Grade müssen sich bemühen, daß gerade durch eine üble Behandlung der Mannschaften der Arme die meisten Feinde entstehen und die Lust am Waffendienst verdorben wird, während im anderen Falle sich auch Leute zu brauchbaren Soldaten erziehen lassen, die mit einem Vorurteil zum Heere eingerückt sind.“

Bereits früher sind derartige Ausfälle von militärischer Seite unternommen worden, ohne daß die Soldatenmishandlungen aus der Welt geschafft wurden. Auch der vorstehende Erlaß des bayerischen Kriegsministeriums wird sie nicht beseitigen, da sie zu eng mit dem militärischen System verknüpft sind.

Belgien.

Das Frauen- und Kindererziehungsgesetz. Die Kammer nahm das Gesetz, das die Frauen- und Kinderarbeit regelt, an. Die liberale Mehrheit der Kammer hat jedoch so viel Ausnahmen in der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren zugelassen, daß dadurch der Nutzen des Gesetzes ziemlich ausgeglichen wird. Genosse Huysmans wies nach, daß in Belgien 21 000 Kinder im Alter von 12—14 Jahren in Fabriken beschäftigt werden. Von den Arbeitsunfällen treffen 8 Prozent auf die Kinder unter 14 Jahren.

Holland.

Für das allgemeine Wahlrecht. Am Sonntag hatte Amsterdam wieder eine mächtige Demonstration für das allgemeine Wahlrecht. Es waren 556 gewerkschaftliche, 278 politische Organisationen und 142 sonstige Arbeitervereine, zusammen 120 000 Mitglieder zählend, von mehr als 2400 Deputierten vertreten, so daß das größte Versammlungsfeld der Stadt kaum genügt, die Versammelten zu fassen. Für die Gewerkschaftszentrale führte Genosse Dudgeest, für die Partei Genosse Troelstra das Wort. Sie führten aus, daß, obwohl jetzt die Regierung die Verfassungsänderung zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts auf ihr Programm für die laufende Legislaturperiode genommen hat und sämtliche bürgerlichen Parteien ihren Widerstand dagegen aufgegeben haben, trotzdem die Arbeiterklasse dagegen bei Fuß stehen muß und die Wahlrechtsarmee mobilisiert zu bleiben hat, um auf den ersten Aufruf wieder auf den politischen Kampfplatz zu treten und die evtl. Ränke der heimlichen Feinde des Wahlrechts zu durchkreuzen. Die Demonstration war eine Musterung der Truppen auf ihre Bereitschaft zum Kampf. Die starke Begeisterung der Versammlung war in dieser Hinsicht ein vielversprechendes Zeichen.

Schweden.

Die Auflösung des Reichstages. In beiden Kammern des Reichstages ist ein königliches Dekret verlesen worden, durch das die Auflösung des Reichstages auf den 5. März, nachmittags 3 Uhr, festgesetzt wird.

Afrika.

Natürlich! Im südafrikanischen Parlament wurde gestern mit 72 gegen 13 Stimmen die Deportation und Verbannung der neun Arbeiterführer gutgeheißen. Etwas anderes war natürlich nicht zu erwarten.

Amerika.

In Ostbrasilien, im Staate Ceara, herrschen ernste Unruhen. Dieselben sind auf Fanatismus zurückzuführen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, 4. März.

Achtung, Bauarbeiter! Wegen Differenzen haben alle Maurer, auf dem Hochhofenwerk ihre Kündigung eingereicht. Zugang ist deshalb streng fernzuhalten. Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeiterverbandes.

Die Lübecker Bürgerchaft tritt am kommenden Montag abend 6 Uhr abermals zu einer Sitzung zusammen.

Vorfall bei Stellengehuchen. Einen neuen Text haben die Stellenvermittlungsgewerkschaften erlassen. Sie bieten in den Tageszeitungen Nebenwerb an. Der Bewerber erhält von einer „Nachweisstelle für Erwerbssuchende“ ein mehrgliedriges verbriefliches Schreiben, worin er aufgeführt wird, seinen Lebenslauf einzufassen. In dem Lebenslauf ist besonders zu bemerken, ob der Bewerber eigene Wohnung hat oder ob er in Miete wohnt. „Es ist diese Angabe durchaus nötig, da einzelne Firmen besonders Wert darauf legen, um dadurch dort zugleich eine Niederlage für ihre Absatzobjekte zu haben.“ Dann wird weiter ausgeführt, daß zurzeit mehrere größere Verandahäuser Vertreter suchten. Eine Voranschlagsgebühr und eine Auskunftgebühr seien nicht zu zahlen, eine Nachweisgebühr auch erst dann, wenn der Bewerber eine durch Kontrakt festgelegte Stellung resp. Nebenverdienst mit festem Gehalt erhalten habe. Diese Gebühr richte sich ganz nach dem monatlichen Verdienst und betrage bei einem Verdienst von 30 Mark 6 Mark, bei einem solchen von 40-50 Mark 10 Mark usw. Ist der Bewerber mit diesen Bedingungen einverstanden, dann hat er dies auf einem gleichfalls mitgeschickten Schein zu vermerken und ihn zurückzugeben. Nun beginnen die Hintermänner ihre Arbeit. Ein „Handelshaus“ mit hochtönendem Namen sendet dem Bewerber ein mehrgliedriges verbriefliches Schreiben, worin es mitteilt, daß die „Nachweisstelle für Erwerbssuchende“ ihm die Offerte eingereicht habe. Er beabsichtige, auch am Wohnsitz des Bewerbers eine Niederlage für seine Waren zu errichten. Der Vertrieb der Waren gehe nur durch Zeitungsreklame, die es auf seine Kosten betreibe. Falls er gewonnen sei, die Filiale zu übernehmen, zahle es ihm einen Gehalt von 50 Mark monatlich und gebe es ihm außerdem 10 % Provision. Auf dieses günstige, völlig gefahrlose Anerbieten geht der Bewerber ein. Er hat somit, „eine durch Kontrakt festgelegte Stellung resp. Nebenverdienst mit festem Gehalt“ erhalten. Trotz Mahnung erhält er von dem „Handelshaus“ weder Waren noch Geld. Die Nachweisstelle verlangt aber die fällige Nachweisgebühr.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. März 1914: 31936 Mitglieder, darunter 501 Mitglieder von (Ersatzfällen, deren Rechte laufen, gegen 28 728 im Jahre 1913. Auf Frauen entfielen davon 21462 (1913: 16149), auf Männer 10501 (1913: 7579). Erwerbsunfähig krank waren am letzten Februar: Männer 634 (1913: 526) und Frauen 323 (1913: 380). Ausweiskasse für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Februar 2229 (1913: 2170) erteilt. Sterbepfand wurde im Februar für Mitglieder in 16 Fällen, für Angehörige in 42 Fällen gezahlt. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die tagungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 26 Fällen mit Strafe zu belegen. Wegen verspäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluss an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Februar 8 Abweisungen erfolgen müssen. Die freiwilligen Kassenbeiträge müssen Mittwoch und Donnerstags pünktlich in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

b. **Schöffengericht** am 3. März. Der Auszug aus der „Bor“. Die germanische Art, strittige Fragen zuweilen mit der Faust zu lösen, ist noch nicht ausgestorben, wenn sich auch mitunter die Ausdrucksform in fremden Laut verliert. Das gewahrte man wieder in der Schöffengerichtsverhandlung, die sich um eine blutige Mietsreitauseinanderhebung zwischen zwei Fahrradhändlern drehte. Seit 2 1/2 Jahren hatte der Schuhmacher und Fahrradhändler L. bei seinem Freunde eine „Bor“ gemietet und bezahlte dafür vierteljährlich seine 20 Mark. Die Freundschaft soll ins Absterben gekommen sein, als der Angeklagte L. wegen unflanteren Wettbewerbs zu 50 Mark Strafe verurteilt wurde. Er gehörte nicht zur Zeit und bezeichnete sich in seinen Zusätzen nicht genau als gewerbsmäßiger Fahrradhändler. Die lange Zeit über hatte L. an seinem Freunde nichts auszusprechen, auch nichts an dessen Radreparaturen, die er heute als sehr schlecht gemacht bezeichnet. Im Dezember klingelte L. am Fernsprecher und fragte bei seinem ehemaligen Freunde an, ob er damit einverstanden sei, daß die „Bor“ am 1. Januar geräumt werde. Das mußte sich der Gerufene erst überlegen, und als später wieder angeklungen wurde und eine pagige Antwort kam, sürte es durch den Draht, daß der Rufer kein dummer Junge sei und im übrigen dem andern — der Text deutet sich ziemlich mit dem Gruß Göhens an den kaiserlichen Hauptmann. Als L. zur „Bor“ kam, fand er diese verschlossen, machte sich aber sofort daran, sie gewaltsam zu öffnen, da ihm nach seiner Meinung das vierteljährliche Mietrecht noch zustand. Es kam zu Handgreiflichkeiten, in deren Verlauf L. die Zähne gelockert wurden und die Lippen anschwellen. Im Bewußtsein des Rechts an der verschlossenen „Bor“ und der Notwehr entgitt dem Hinausgeherrten der Hammer auf den Kopf des „Bor“-besizers und brachte diesem eine Wunde bei. Zum beschleunigten Gang auf die Polizei wurde L. vom Verletzten und einer Stammeshilfe angetrieben. Als er wiederkehrte, stand sein Wagen vor der Tür, mit dem er nun davongondeln konnte. Die „Bor“ ist nämlich weder Biische, Schachtel, Loge, Zelle, Gitter oder Pferdefallabteil, sondern nach deutschem Begriff und in diesem Fall ein gemieteter Verschlag für den Kraftwagenbesitzer L. Zum besseren Verständnis muß diese Erklärung schon beigefügt werden. Nach dreistündiger Verhandlung, in der Rechtsanwalt Dr. Wittke in seinem Klienten das Recht der Besignahme des gemieteten Raumes und dasjenige der Notwehr zusprach — der Staatsanwalt meinte, L. hätte im gefährlichsten Moment den Hammer zu Boden gleiten lassen müssen — wurde L. von der Anklage der Körperverletzung und Bedrohung freigesprochen. Das Gericht hob begründend hervor, daß der Vermieter widerrechtlich handelte, als er L. gewaltsam vom Grundstück entfernte und daß dieser berechtigt war, sich sofort wieder in den Besitz seines Raumes zu setzen. Unwiderrlegt bleibe die vom Angeklagten vorgenommene, als notwendig erachtete Maßregel der Gegenwehr. Auch die Möglichkeit, L. habe aus Mangel gehandelt, liege vor, sei ihm aber nicht nachzuweisen. Der Staatsanwaltschaftsvertreter hatte 150 Mark Geldstrafe beantragt. Ein roher Patron ist der noch jugendliche Arbeiter K., der gegenwärtig die zweite Gefängnisstrafe wegen Messerschere abbüßt. In der Fabrik zu Dänischburg hatte er während der Nachtschicht mit einem Kameraden eine Auseinandersetzung, die zu beenden der Arbeiter Th. hat. Daraufhin nahm K. den Schlichtenden beim Kragen und schlug ihn mehrere Male mit dem Kopf auf eine eiserne Treppe, so daß Th. schwere Kopfverletzungen davontrug, die ihn 4 Wochen arbeitsunfähig machten. K. wird jetzt mit Einschluß der letzten Strafe zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine Land-Kraftwagen-Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung soll hier in Lübeck gegründet werden. Es hat sich bereits ein vorbereitendes Komitee gebildet, dem u. a. auch ein Sekretär der Lübecker Handelskammer angehört, welches die Sache in die Hand genommen hat. Geplant ist eine Linie Zarpfen-Neufeld-Hamberge-Lübeck sowie eine solche Zarpfen-Lang-Neendorf-Mönkhagen-Lübeck. Dieser Tage finden in den größeren Orten, welche für den Verkehr in Betracht kommen, öffentliche Versammlungen statt, die sich mit der wichtigen Frage beschäftigen werden.

Handelsregister. Am 3. März 1914 ist eingetragen: 1. bei der Firma C. Krapp. Lübeck: Zehnjährige Inhaberin: D. J. Chr. genannt D. Marfen geborene Maß, Ehefrau in Lübeck. Der Uebertragung der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch die Ehefrau Marfen ausgeschlossen. Die Firma lautet jetzt: C. Krapp Nachf.; 2. bei der Firma J. G. Friedrich u. Co. Nachf. Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Februar ds. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert bzw. angezeigt und nicht wieder abgeholt: Mehrere Portemonnaies mit Inhalt sowie lose Geldbeträge, 1 gold. Trauring, 1 Medaillon, 2 Broschen, 1 vergoldetes Armband, 1 silb. Damenuhr mit Kette, 1 Revolver mit Patronen, 1 Kneifer ohne Einfassung, 1 Sack mit 15 Broten, 1beutel mit Tischlerhandwerkzeug, mehrere Stöcke und Schirme, 1 Pelzboa, 1 Spitzentragen, 1 Muff, 1 blaue gestreifte Einschlagetuch, 1 Plüschhüte, 1 kleiner brauner Hund und 1 junger Dohbermannhund.

pb. Wer ist der Eigentümer? In einer hiesigen Herberge wurde einem Fremden eine gut erhaltene Fahrradlaterne mit Lampe abgenommen, die er zu verkaufen suchte und über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht auszuweisen vermochte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Laterne aus einem Diebstahl herrührt. Der rechtmäßige Eigentümer wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

pb. Verhaftungen. Ermittelt und festgenommen wurden 2 hiesige Arbeiter, die sich in einer hiesigen Herberge eines Gelddiebstahls schuldig gemacht haben.

Hamburg. 800 Kirchenaustritte sind am Sonntag in zwei großen, vom Komitee „Konfessionslos“ veranstalteten Massenversammlungen im Gewerkschaftshaus und Lehrereinshaus vollzogen worden. Die Polizeibehörde hatte durch Verbot der Plakate und Verhaftung der Plakatträger eine vorzügliche Propaganda für die Sache entfaltet. Beide Säle waren überfüllt. Das mittelalterliche Polizeiverbot wurde von allen Rednern gebührend gegeißelt. Die Verbände der drei unterstehenden Vereine, Monistenbund, Proletarischer Freidenkerbund und Freireligiöse Gesellschaft legten durch Rechtsanwalt Dr. Marcus Beschwerte beim Senat ein. Auch die Bürgerchaft wird sich noch mit der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung befassen. Die Geistlichen hatten es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Sie überließen die Jünglingsvereine und religiös befangenen Geister das Eintreten für die Kirche. — Eine blutige Tat vollbrachte am letzten Montag abend im nahen Schiffbau am 10 Uhr der Zigarrenarbeiter Seffe in seiner Wohnung in der Wöllnerlandstraße. Derselbe verletzte das dreijährige Kind seiner Tochter durch einen Revolvererschuß in den Kopfschwer und tötete sich darauf selbst durch einen Schuß in den Kopf. Das Kind soll bereits seinen Verletzungen im Krankenhause, wohin es überführt worden war, erlegen sein. Sc., der schon seit Jahren in der Tabakbranche als Hausarbeiter tätig war, soll in den letzten Jahren infolge der ungünstigen Erwerbsverhältnisse sehr nervös gewesen sein. Hinzu kam, daß er als Vormund des Kindes seiner in Hamburg beschäftigten Tochter gegen den Vater des Kindes eine Klage eingereicht hatte, die für ihn ungünstig verlief. Dieses wird wohl den Mann zu diesem verzweifeltsten Schritt getrieben haben.

Hamburg. Eine jurchtbare Tragödie hat sich in der vorigen Woche auf der Nordsee zugetragen. Die norwegische Viermastbark „Tasman“, die sich in Ballast auf der Reise von England nach Bergen befand, kenterte am 22. Februar, als infolge einer schweren Bö der Ballast übergang. Drei der Rettungsboote, die von der Mannschaft ausgelegt wurden, zertrümmerten infolge des Seeganges. Das letzte Boot, das Landgangboot, konnte klar abgebracht werden, doch sprangen von der 19 Mann starken Besatzung 15 ins Boot, das dadurch sofort überlastet wurde. Zwei von den Leuten sprangen daher wieder an Bord zurück, doch das überlastete Boot wurde von einer Bö zum Kentern gebracht und die dreizehn Insassen ertranken angesichts der auf dem Wrack verbliebenen sechs, die sich an den Masten festbanden und am 25. Februar endlich von dem Altonaer Fischdampfer „Develgönne“ gerettet wurden. Im einzelnen hat der Führer des Fischdampfers „Develgönne“ seiner Rederei über das Unglück folgende Mitteilung gemacht: Als der Dampfer sich am Mittwoch, 25. Februar, auf der Fangeise befand, sah man ein auf der Seite liegendes Schiff, auf welchem sich noch Leute befanden, die durch Winken Notzeichen gaben. Der Fischdampfer stoppte, es wurde ein Boot ausgelegt, das, mit zwei Mann bemannt, nach dem Wrack fuhr. Für die beiden Seeleute war es keine leichte Arbeit, da die See sehr hoch ging und ein sehr schlechtes Wetter herrschte. Die beiden Leute kämpften sich mit ihrem Boot jedoch tapfer durch. Als sie auf der Seeuferseite an das Wrack herantamen, fanden sie dort sechs Männer, die fast erlahmt und erstarrt waren. Dieselben wurden in das Boot gebracht und nach dem Fischdampfer gerudert, wo sie an Bord gut versorgt wurden, damit sie erst wieder zu Kräften kamen. Die Geretteten erzählten, daß das gekenterte Schiff die norwegische Viermastbark „Tasman“ sei. Von der aus 19 Mann bestehenden Besatzung seien 13 Mann ertrunken. Die Bark sei von England nach Bergen in Norwegen bestimmt gewesen. Sie sei in Ballast geladelt und hätte fast ihren Bestimmungsort erreicht, als der schwere Sturm einsetzte. Man habe beide drehen müssen, um einen Lotzen zu bekommen, doch habe man keinen bekommen können. Am Sonntag, 22. Februar, sei dann der Sturm zum Orkan gesteigert. Das Schiff habe derartig gearbeitet und sich soweit übergelegt, daß der Ballast übergang. Das Schiff legte sich dann vollständig auf die Seite. Von den auf dem Schiff befindlichen Rettungsbooten sind sofort drei Stück zerschlagen worden, so daß sie gebrauchsunfähig wurden. Am Dienstag, 24. Februar, gelang es, ein kleines Rettungsboot zu Wasser zu bekommen. In dieses Boot sprangen sofort 15 Mann und vier Mann blieben auf dem Schiff zurück. Von diesen sprangen jedoch noch zwei Mann aus dem Boot wieder auf das Schiff, da sie einsahen, daß das kleine Boot diese große Zahl von Menschen nicht tragen konnte. Als man das Boot dann vom Schiff abließ, wurde es von einer großen Welle erfasst und zum Kentern gebracht. Keiner von diesen 13 Leuten hat das Schiff wieder erreicht. Alle sind in den Wellen umgekommen. Der Fischdampfer „Develgönne“ versuchte, als er die Geretteten an Bord hatte, das Wrack zu schleppen. Das Wetter hatte sich etwas gelegt und zwei Tage gelang es auch, das Wrack im Schlepptau zu behalten. Am Freitag abend aber setzte wieder sehr schlechtes Wetter ein, das Wrack neigte sich noch mehr nach der Seite, es lief voll

Wasser und versank in die Tiefe. Auf dem Dampfer mag man nur schnell die Schlepptrösse kappen, um nicht unterzugehen zu werden. Der Dampfer setzte dann die Reise fort und er ist am Sonntag abend an dem Altonaer Fischmarkt angekommen. Die geretteten Schiffbrüchigen hatten sich soweit erholt, daß sie ans Land gebracht und in ein Logierhaus kommen konnten. Am Montag sind sie dann nach dem norwegischen Konfuz gegangen, der für sie sorgte.

Sonderleben. Preussische Germanisierungsmethoden. Der Kampf gegen die Dänen ist verjährt worden. Ueberall werden ihnen Hindernisse in den Weg gelegt und Schwierigkeiten bereitet. Auch die Ausweisung der Diensthaken fängt wieder an. Der Gendarm war eines Abends im Versammlungshause „Fris“ in Turstrup bei Christiansfeld erschienen, um zu kontrollieren, ob schulpflichtige Personen am Turnen teilnahmen. Das war nun nicht der Fall, aber es wurden sieben bis acht Turner notiert, die gebürtige Dänen waren. Einer dieser jungen Leute, der beim Hofbesitzer Schult in Brahe diente, erhielt die Ausweisungsorder mit der Bestimmung, bis 10 Uhr vormittags des andern Tages das preussische Staatsgebiet zu verlassen. Die übrigen notierten Turner sind zu einem Verhör vor den Amtsvorsteher geladen. — Ausgewiesen wurde der Schneider Madjen in Christiansfeld wegen Verhufs einer dänischen Wertsammlung. Dies ist die vierte dortige Ausweisung dieser Tage und aus diesem Grunde. — Das große Preußen scheint demnach bedeutende Angst vor einigen dänischen Schneidern und anderen Arbeitern zu haben.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater wurden gestern abend als dritte Vorstellung im Lustspielkassus Mollières „Gelehrte Frauen“ und Goethes „Die Mitschuldigen“ zur Auführung gebracht. In geistreicher Weise verspottet der große französische Dichter die überspannte falsche Gelehrsamkeit jener vornehmen weiblichen Kreise, welche in jedem ausgeblasenen Reimeismied einen Denker und in den plattesten Ergüssen solcher Pseudo-Poeten Eingebungen eines Genies erblicken, die sie in blöder Bewunderung anstaunen. Obwohl bereits aus dem Jahre 1672 stammend wirkt die treffende Satire Mollières doch noch heute ganz außerordentlich frisch und befruchtend. Deshalb begegnen wir auch den Figuren dieser prächtigen Komödie immer wieder in unsern modernen Lustspielen, nur daß sie dort weniger geistvoll gezeichnet sind. Unter der Leitung des Herrn Direktor Fuchs erfuhren die „Gelehrten Frauen“ eine sehr flotte Wiedergabe. Herr Fuchs selbst gab den Pantoffelhelden Chrysal mit seinem ironischen Humor und erzielte gerade dadurch die bedeutendste Wirkung, weil an ihm alles so natürlich erscheint. Als gelehrte Frauen verstanden die Damen Landin, v. Seemen und Pfliegl drei von einander verschiedene amüsante Blauschmucktypen zu zeichnen. Derb und urwüchsig war Frä. Hüppeden als Martina. James charakterisierte Herr Pauly den hohlen Dichterring Triantia. Das Liebespaar wurde von Herrn Lerch und Frä. Sindlinger in angemessener Weise wiedergegeben.

Nach Mollières Lustspiel, das lebhafteste Heiterkeit und eben solchen Beifall erzielte, erschienen Goethes „Mitschuldigen“ etwas verflücht. Die Handlung dieses Lustspiels ist zwar im zweiten Aufzuge, wo Habicht, Liebe und Neugier drei verjüngte Personen in die Wohnung eines reichen Junggefielen führt, was recht ergötzlich — wenn zeitlich, unterhaltend, aber doch recht belanglos. Geleitet wurde das Lustspiel unter Herrn Brunows Regie von Frä. Hüppeden und den Herren Schweisguth, Pauly und Dr. Draß. Freundliche Anerkennung wurde ihnen am Schlusse zuteil. P. L.

Oldenburger Landtag.

Die 13. Plenarsitzung des Landtages fand am Montag, dem 2. März, statt. Die zweite Lesung des Gesetzes für das Fürstentum Lübeck über die Zusammenlegung von Grundstücken (Verkopplungsgesetz) endete mit dessen debattoloser Annahme. Dann gelangte zur Beratung der Bericht des Verwaltungsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes für das Fürstentum Lübeck betreffend anderweitige Einrichtung des Provinzialrates. Eine Minderheit des Ausschusses, die Abg. Steenbock, Schmidt-Zetel und Dörr beantragten die Aufhebung des Provinzialrates. Die Mehrheit stimmt dem Gesetz zu, welches den Landesauschuss dahin erweitert, daß auch die nicht vertretenen Gemeinden eine Vertretung finden und den größeren Gemeinden eine Vermehrung der Abgeordneten gibt. Der Landesauschuss übernimmt zugleich die Funktion des Provinzialrates. Abg. Bull als Berichterstatter legt dem Weiterbestehen des Provinzialrates keinerlei Bedeutung bei, da ja doch seine begutachtlichen Vorberatungen nur einen untergeordneten Wert haben. Anders ist es mit der Frage der Vermehrung der Vertreter im Landesauschuss, womit eine wiederholt erhobene Forderung erfüllt wird und auch die Gemeinden eine Vertretung finden, die bisher unvertreten waren. Abg. Steenbock tritt für die Aufhebung des Provinzialrates ein. Minister Scheer: Das Gesetz will, wie wiederholt ausgeführt ist, den bisher unvertretenen Gemeinden eine Vertretung sichern. Die Forderung der Aufhebung des Provinzialrates ist nur erfüllbar, wenn die Finanzgemeinschaft zwischen dem Herzogtum und den Fürstentümern hergestellt wird, da der Provinzialrat verfassungsmäßig ein Recht hat, zu dem Staat gehört zu werden. Abg. Fid: Der Provinzialrat selbst hat seine Vermehrung abgelehnt. Wenn trotzdem der Entwurf vorliegt, so deshalb, weil die Regierung das Recht der unvertretenen Gemeinden auf Vertretung anerkannt hat. Leider geht die Vertretung nicht durch allgemeine Wahlen hervor, sondern es erfolgt die Wahl durch die Gemeindevertreter. Gewünscht hätte er, daß die Zahl der Vertreter noch erweitert worden wäre, in der Weise, daß auf eine bestimmte Zahl Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Abg. v. Friaen: Die Einwohner im Fürstentum werden den Abgeordneten, die für die Aufhebung des Provinzialrates eintreten, wenig Dank wissen. Die Gutachten des Landtages sind zumeist bestimmend gewesen für die Beschlüsse des Landtages. Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Antrag auf Aufhebung des Provinzialrates abgelehnt und das Gesetz in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. — Abänderung des Gesetzes für das Fürstentum Lübeck betreffend die Förderung der Pferdezucht. Die Geldstrafe für Uebertretung des Zuchtgesetzes Art. 16 § 1 wird von 150 Mark erhöht bis zu 300 Mark. Der Entwurf wird genehmigt.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Lömigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten“

Konfirmanden-Anzüge

Größte Auswahl am Platze.

Nach der neuesten Mode.

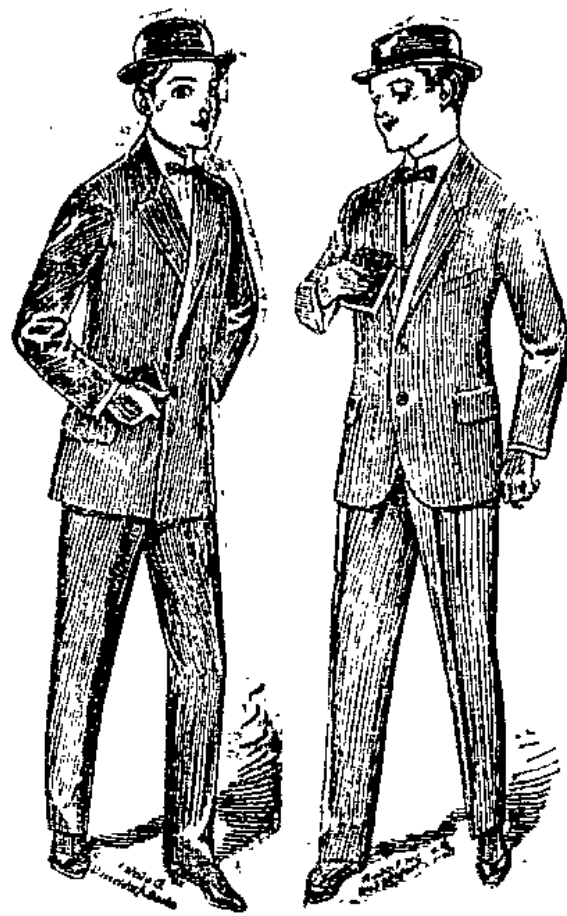
Konfirmanden-Anzüge 12⁰⁰
dunkelblau, gute Qualität 14⁰⁰

Konfirmanden-Anzüge 16⁰⁰
echt blau Cheviot 18⁵⁰

Konfirmanden-Anzüge 19⁰⁰
feingeripptes Kammgarn 24⁰⁰

Konfirmanden-Anzüge 23⁰⁰
blau und gemustert Cheviot und Kammgarn 27⁰⁰

Konfirmanden-
1546 Hüte, Handschuhe, Wäsche.



Konfirmanden-Anzüge 26⁰⁰
blauer Diagonal-Cheviot 28⁵⁰

Konfirmanden-Anzüge 29⁰⁰
eleganter dunkelblauer Cheviot 34⁵⁰

Konfirmanden-Anzüge 34⁰⁰
echtfarbiger Kammgarn, gute Qualität 37⁰⁰

Konfirmanden-Anzüge 39⁰⁰
blau Cheviot und Kammgarn 42⁰⁰

Lehrlings-Ausrüstungen
Konfirmanden-Stiefel.

Spille & v. Lühmann Lübeck
Sandstraße.

Als Friseur

empfehlen sich (1560)
Marta Blenda, Fischergrube 23, l.
Geschmackvolle Frisur 40 Pfg.
Amerikan. Kopfwäsche 75 Pfg.
Auf färben v. Flechten, sowie Unfirt.
sämtl. Haararbeiten in kürzester Zeit.

Einem großen Poßen
prima Weißbrot
empfehlen billigst
Johs. Peters,
1538) Dorncstr. 32a.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.

Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gabe rote Lubeca-Rabattmarken.

Schulränzel
Brotboxen
in großer Auswahl.

Johs. Ehlers, Warendorpstr. 29
Holzpanzoffeln
Spezialität für Maurer und
Schmiede, mit sehr hohem Leder.
Gottfried Stamer, Holzinger 1588
Allee 168c. 1588

Glas scheiben
aller Art billigst,
Kitt, Draht,
Diamanten etc.

Oscar Tauchnitz, Fensterglas-
Handlung,
Bäckerstr.-Allee 13, Fernspr. 908.
Seltene Gelegenheit, 2 Sofa,
2 große Herrenstühle,
4 Rückenpolsterstühle, abgepaßter
gen. Tisch sehr neu, 130 Mk.
Möbelhaus Schmar, 83. (1319)

Achtung!
Hausstandstampen, per kilo
6 Pfg., Reutuch per kilo 40 Pfg.
Eisen, Metall, Tau, Zeitung,
Sägen- und Kammingehelle
zu höchsten Tagespreisen.
K. Kleinfeld
Bäckerstr. 25, Tel. 2491
Bäckerstr. 17,
Tel. 154

Donnerstag, den 5. März 1914 Skat - Abend.

Anfang 8 1/2 Uhr. (1561)
Hierzu ladet freundlich ein
Gottfried Matthiessen, Fischergrube 67.

Fünfhausen 28
erhalten Sie erstklassige
Gebrauchs-Fahrräder
verschiedener Marken. 1495
Gleichzeitig empfehle prima Mäntel und
Luftschläuche in allen Preislagen.
Willy Reppenhagen.

Dritter Teil
Rebels Leben
von **Karl Kautsky**
ist jetzt auch erschienen
und wollen die Bezieher der beiden ersten Teile
ihre Bestellungen baldigst aufgeben.
Preis des dritten Teils 2.25 Mk.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Gelbfuchende Magnum-bonum-

Speisetartoffel
gleichmäßig ausgelesene Größe,
10 Pfund 35 Pfg.
50 " 1.50 Mk.
100 " 2.75 "
empfehlen

Ernst Voss
Große Burgstraße 59,
Fernruf 410. (1534)
Empfehle meinen (1559)

Rasier- u. Haarschneide-Salon
Friedrich Blenda, Friseur,
Fünfhausen 14.
Sämtliche Haararbeiten werden
in kürzester Zeit gut und billig
anaefertigt.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung
für die Mitglieder
in **Travemünde**
am Freitag, dem 6. März
abends 7 1/2 Uhr
bei Herrn Gastwirt Westphal,
Torstraße 34.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht und Bericht des
Genossenschaftsrats.
2. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen der
Mitglieder und deren Frauen bitten
1558) **Der Vorstand.**

Arb.-Radf.-Bund „Solidarität“
Mitgliedschaft Lübeck.

Versammlung
am Donnerstag, den 5. März
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.
1536) **Der Vertrauensmann.**

Sensation
1521) erregt das
überaus lustige Programm in
Kalnbergs Etablissement

Fledermaus
Varieté — Kabarett
30 Gesangs- 30
Vorträge 30
Um 10 Uhr: **Tango.**
Beginn präzise 8 Uhr.
Wochentags Eintritt frei.

Süfkes Gasthaus, Rensefeld.

Am Sonntag, dem 8. Februar
große Tanzmusik.
Hierzu ladet freundlich ein
1587) **J. Süfke.**

Zentral-Hallen
Dankwartgrube 20.
Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr.
Ende 12 Uhr.
146)

Fritz Ritschers
Hansa Theater
Kurzes Gastspiel des
Rudolph-Baron-Ensembles.
Neu! Neu! Neu!
Grosse Revue.
Mein Hamburg!
Da lacht das Herz!
Charly Wittong als Gast.
Vorverkauf bei Sager, Kohl-
markt, und Nagel, Am Markt.
Anfang: Sonntags 8 Uhr
1496) Werktags 8 1/4 Uhr.
Kleine Preise.

Neues Stadttheater
Mittwoch, den 4. März 1914:
Auser Abonnement. Mittelpreise.
Anfang 8 1/4 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Die spanische Fliege.
Donnerstag, den 5. März 1914:
144. B. i. B.-Bl. 23. B. i. Donnerst.-Bl.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 1/2 Uhr.

Gastspiel von Stanislaus Fuchs:
Die gelehrten Frauen.
Lustspiel von Molière.
Hierauf:

Die Mitschuldigen.
Lustspiel von Goethe. (1535)
Mittelpreise.

Freitag, den 6. März 1914:
145. B. i. B.-Bl. 24. B. i. Freit.-Bl.
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 1/4 Uhr.

Tiefland.
Gr. Oper von Eugen d'Albert.
Große Preise.
Voranzeige:
Sonntag, den 8. März 1914:
Nachm. 3 Uhr. Volksvorstellung.
Alt-Heidelberg.
Jeder Platz 50 Pfg.
Verloren der Blöße Freitag und
Sonnabend von 8-9 Uhr an der
Theaterkasse.

1231 neue Abonnenten

brachte die Werbearbeit unserer Duisburger Genossen am letzten Sonntag unserem dortigen Parteiblatt. Auch eine große Anzahl neuer Parteimitglieder wurde gewonnen. Genossinnen und Genossen des Freistaates und des Fürstentums Lübeck:

Mach's nach!



Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 3. März 1914.

226. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Lisco, Krätke.
Auf der Tagesordnung stehen zunächst

Kleine Anfragen.

Kell (SD): Pressemitteilungen zufolge sind beim Trainbataillon Nr. 13 in Ludwigslund eine größere Anzahl Mannschaften infolge Genußes gesundheitlicher Würstchen erkrankt. Kann der Reichskanzler Auskunft geben über Ursache, Zahl und Art der Erkrankungen?

Württembergischer Generalmajor v. Gravenh: Bei dem württembergischen Trainbataillon Nr. 13 waren achtzehn Mann an Paratyphus erkrankt, der auf den Genuß von Würstchen zurückzuführen ist. Der Verlauf der Krankheit war günstig und sämtliche Mannschaften sind genesen. Es ist geprüft worden, ob bei der Herstellung und Abnahme etwas verfaulend worden ist. Das hat sich nicht feststellen lassen. Die Abnahmebestimmungen sind im vorigen Jahre noch verschärft worden. Es ist immer möglich, daß Krankheitserreger in die Würstchen kommen, ohne daß sie sich gleich durch Farbe oder Geschmack der Ware feststellen lassen. Eine Sicherheit ergibt erst die bakteriologische Untersuchung, die naturgemäß erst eintreten kann, wenn die Leute bereits erkrankt sind. Es ist wohl möglich, daß die verhältnismäßig warme Witterung jener Tage die Entwicklung der Krankheitskeime begünstigt hat, es haben sich aber bisher keine Anhaltspunkte ergeben, daß gegen die Lieferanten oder die Aufsichtsbekannteten ein Vorwurf zu erheben wäre. Durch Vorschriften kann man solche Vorfälle nur einschränken, nicht aber völlig verhindern.

Brey (SD): Kann der Reichskanzler Auskunft darüber geben, welches die Ursachen der Explosion in der Munitivfabrik Lichtenberg-Kummelsburg sind und werden Maßnahmen ergriffen, die den Arbeitern und Angestellten vor einer solchen Katastrophe ausreichende Sicherheit gewähren?

Ministerialdirektor Caspar: Sofort beim Eintreffen der Kunde von dem beklagenswerten Unfall in Kummelsburg hat der Reichskanzler das zuständige Reichsamt des Innern beauftragt, an Ort und Stelle Ermittlungen einzuziehen. Die Ursache der Explosion hat noch nicht festgestellt werden können. Es werden noch die Ergebnisse der polizeilichen Ermittlungen und der Sachverständigenuntersuchen abzuwarten sein. Ausgegangen ist die Explosion von einem Apparat, in dem Nitrobenzol hergestellt wird. Dieser Stoff wird in den Farbenfabriken aller Länder in der gleichen Weise und in Kummelsburg seit dreißig Jahren hergestellt. Der Apparat war, soweit die Beschäftigung erkennen ließ, ganz in der üblichen Weise gebaut. Sobald die Ursache des Unglücks fest-

steht, werden die zuständigen Behörden nicht zögern, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Hierauf wird die zweite Beratung des

Postetats

fortgesetzt.

Kiel (Vpt.): Die Massenhaftigkeit der Petitionen von Postbeamten beweist, daß noch sehr vieles in den Verhältnissen der Beamten zu wünschen übrig bleibt. Wir halten die Einrichtung von Beamten-Ausschüssen für sehr wichtig und wertvoll für beide Teile. Das Petitionsrecht darf den Beamten in keiner Weise geschmälert werden. Doch sollten die Beamten nicht einzeln petitionieren, sondern durch ihre großen Organisationen, damit einheitlich vorgegangen werden kann. Die Telegraphen-Mechaniker sollten den Assistenten gleichgestellt werden. Postagenturen sollten möglichst zahlreich errichtet und die Postagenten ihrer Wichtigkeit entsprechend bezahlt werden. Das Wetteinheitsporto wird hoffentlich bald durchgeführt. Unsere Marke mit der gepanzerten Germania ist wirklich nicht schön, unsere Künstler sollten veranlaßt werden, die Germania in etwas idealer Form darzustellen. Die Paketbeförderung muß beschleunigt werden. Die Bestimmungen über den Versand von Drucksachen sind ganz unklar. Sehr notwendig wäre eine Telephonverbindung mit England. Die einheimischen Telephonleitungen sind teilweise enorm überlastet. Ich hoffe, daß der Staatssekretär unseren Wünschen in Zukunft mehr entgegenkommen wird. (Bravo! links.)

Martin (Rp.): Die weiblichen Kräfte bei der Post haben sich nur im Telephondienst gut bewährt. Auf keinen Fall geht es an, daß 16jährige junge Mädchen in kleinen Postämtern alten Beamten Vorhaltungen machen können. Die postlagernden Sendungen sollten, wenn nicht ganz verboten, so doch sehr eingeschränkt werden. Bei den Ausführungen des Abg. Ebert über Zubern mußte ich denken: welche verkehrte Welt! Sonst sind es gerade die Herren von der Linken, die die Beamten angreifen und über Vertuschung von Verfehlungen der Beamten durch die Verwaltung Beschwerde führen. Und nun muß ausgerechnet Abg. Ebert dem Staatssekretär vorwerfen, er schütze seine Beamten nicht genügend. (Sehr gut! rechts.) Festgestellt ist durch die Untersuchung, daß von der Verwaltung als nicht zu bestellen bezeichnete Postsendungen trotzdem bestellt worden sind. (Hört, hört! rechts.)

Staatssekretär Krätke: Ich wundere mich, daß gerade ein Vertreter von der Rechten, die uns immer vorwirft, wir wirtschaften zu teuer, sich dagegen wendet, daß in kleinen Postämtern weibliche Hilfskräfte beschäftigt werden. Ueber die teuren Telephongebühren auf dem Lande sollten die Herren nicht klagen, die den Telephontarif, der die Einzelgesprächsgebühr vorzieht, abgelehnt haben. (Sehr richtig! rechts.) Davon, daß Petitionen den Beamten verboten seien, ist keine Rede. Ich hindere die Herren Abgeordneten auch keineswegs, in Verhandlungen der Beamten zu gehen; das ist Geschäftsache. Aber ich wundere mich allerdings darüber, daß die Herren dort ohne die Stellung der Verwaltung zu kennen, Wünsche der Beamten ohne weiteres für berechtigt erklärt haben. Die telephonische Verbindung mit England wird ständig im Auge behalten. Allerdings wird ein Kabel zwischen England und Deutschland nur zu teuer herzustellen sein, daß Drei-Minuten-Gespräche 10 bis 15 Mk. kosten werden. Für größere Postagenturen zahlen wir 1200 bis 1500 Mk.; dabei sind auch die hergegebenen Räume usw. miteinberechnet. In dem Bestreben, die Zahl der Postagenturen nach Möglichkeit zu vermehren, gehen wir mit dem hohen Hause einig. (Bravo! rechts.)

Brandys (Vole): Briefe, die eine Aufforderung an russische Arbeiter zur Auswanderung enthalten, werden von der russischen Behörde zurückgehalten. Dagegen sollte die deutsche Postverwaltung protestieren. Briefe mit politischen Adressen werden noch immer schikanös behandelt. Auf Denunziation des Ostmarkenvereins sind eine Reihe polnischer Postbeamten aus ihrer Heimat vertrieben worden. Gegen die Ostmarkenzulage werden wir selbstverständlich wieder sim-

men, zum Protest gegen die Antipolenpolitik. (Bravo! bei den Polen.)

Staatssekretär Krätke: Mit dem Ostmarkenverein bin ich noch nie in Verbindung getreten, alle Versicherungsgesuche werden von der betreffenden Verwaltung, in einzelnen Fällen auch vom Reichspostamt geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt. Auf die russische Postverwaltung haben wir keinen Einfluß.

Berner-Glehen (A.) spricht für die Ostmarkenzulagen resp. ihre Ausdehnung auf alle gemischtsprachigen Gebiete. Beamtenausschüsse sind notwendig. Daß die Frauenarbeit die Löhne und Gehälter drückt, darüber sind sich auch die organisierten Arbeiter klar. Der Verkehr mit postlagernden Sachen hat sich, speziell in Großstädten, zu einem Unfug ausgebildet, dem gesteuert werden muß. Unfug wird auch mit der Postreflame gemacht.

Zubeil (SD): Wie im Falle des Obersten Reuter hat die Postverwaltung stets nach oberhin Entschuldigungen, während sie nach unten hin strenge vorgeht. Der Staatssekretär versuchte, die für ihn peinliche Angelegenheit auf ein anderes Gebiet hinüberzuspielen, indem er auf die im Hause sitzenden Sozialdemokraten losging. Es dürfte ihm aber sehr schwer werden, nachzuweisen, daß von uns häufig unwahre Anschuldigungen gegen Beamte erhoben werden. Unsere Aufgabe ist, die Unterbeamten gegen grobe Behandlung und gegen Uebergriffe der Vorgesetzten zu schützen, und das werden wir auch in Zukunft tun. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Den Staatssekretär möchte ich fragen, ob die Postfreiheit sich auch auf den Verkehrsverein in Nordhausen ausdehnt. — Ein Kuriosum ist, daß im Ortsverkehr Drucksachen von einem kilo 30 Pfg. kosten, dagegen nur 20 Pfg., wenn sie in 4 Briefe verpackt werden. Die Frauenarbeit wollen wir keineswegs verbieten. Freilich wollen wir die wirtschaftlichen Verhältnisse gerne so gestalten, daß der Mann seine Familie ernähren kann. Gerade bei den Postbeamten müssen die Frauen oft in hohem Maße zum Unterhalt der Familie noch etwas mitverdienen. Aber gegen die Anstellung der Frauen als Beamte haben wir nichts einzuwenden, freilich müssen sie so bezahlt werden, daß sie nicht als Lohnrücker wirken. Wir halten es auch nicht für eine Herabsetzung eines Unterbeamten, eine Frau als Vorgesetzte zu haben. Die Behandlung und der Ton wird auf den Beamten, wo das der Fall ist, sicherlich ein anständigerer werden. — Postübertretungen werden bei einfachen Leuten streng verfolgt, wegen lumpiger 10 Pfg. wird oft eine Strafe von 3 Mark eingetrieben. Als aber in Bochum ein Fabrikdirektor sich ohne Wissen der Postbehörde einen Nebenanschluß ins Schlafzimmer gelegt hatte, sah man das einfach als Mißverständnis an; man nahm lediglich den Nebenanschluß fort und machte den Herrn auf die Bestimmungen aufmerksam. Trotzdem fand man im nächsten Jahre bei der Revision den Anschluß wieder hergestellt, aber wiederum begnügte man sich mit der Annahme eines Mißverständnisses. Als derselbe Herr einen Unterbeamten durch das Telephon aufs gröblichste beleidigte, jagte der Postdirektor zu dem Beamten, der um Schutz bat, er möge gern aus der Sache heraus, weil er gesellschaftlich mit dem Direktor verkehre. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Ganz kolossal häufen sich auf unseren Beamten die Aufsichtorgane. Sie haben für die Postverwaltung lediglich Bedeutung als Postzinsbeamte. In Berlin hat man sogar einen Verkehrsprüfer eingesetzt. Eine Neuregelung der Tagesgelder wäre dringend nötig. In Berlin, Frankfurt a. M. und Köln erhalten die Postboten eine Tageszulage von 50 Pfg. pro Tag, an anderen Orten kommen Sätze von 10 Pfg., 20 Pfg., 30 Pfg. vor, selbst wirtschaftlich und baulich zusammenhängende Gebiete wie Groß-Berlin werden verschieden behandelt. Hamburg, Altona und Leipzig stehen mit Berlin auf einer Stufe, dort ist der Satz aber 20 Pfg. weniger. — Die im Eisenbahnrangdienst beschäftigten Beamten bitten um eine Zulage von 50 Pfg., wie sie auch die Eisenbahnbeamten erhalten. — Die Beschäftigungszulage der Postboten, die jetzt in diesen Dienst hineinkommen, beträgt nur 30 Pfg., während die früher Hineingekommenen 50 Pfg. erhalten. Nach einer Verfügung der Ober-

Die Schakgräber.

Humoristischer See-Roman.
Von W. W. Jacobs.

(20. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

„Kein großer Redner, dieser Peter,“ bemerkte Busack gönnerhaft. „Er ist mehr für die Tat; ja, das ist er — mehr für die Tat. Wenn Sie also jetzt einverstanden sind — und das sind Sie hoffentlich — wird er mit uns an Bord kommen und die Sache besprechen.“

Nachdem dieser Vorschlag nach kurzem Zaudern des Herrn Stobel angenommen war, dem der Mangel an Zusammenhang zwischen Herrn Gumpel und den hart gelagerten Eiern etwas verdächtig vorkam, machten sie sich auf den Weg nach Todds Werft und unterwarfen den Schoner einer eingehenden Besichtigung. Herrn Grot's Augen leuchteten auf und seine Schritte wurden elastisch. Er wanderte vom Mannschaftslogis zur Kajüte und von der Kajüte zur Kombüse, und da ihm seine Übungen von dem Ausguck in der Kirchenstraße her gut zu fatten kamen, machte er den Beschluß mit einem Aufstiege zur Mastspitze und winkte von dort seinen erstaunten Freunden zu.

Herr Todd kam an Bord, als er das Deck wieder erreicht hatte und betrachtete ihn, seinen weißen Bart streichend, mit wohlwollendem Interesse.

„Ich nehme es Ihnen nicht mehr übel,“ sagte er, als Herr Grot seine ausgestreckte Hand etwas zweifelhaft betrachtete. Sie sind eine harte Nuß, das ist gewiß, und ich bedaure jeden, der Sie knacken muß. Ein Mann, der bekommen konnte und mir vierzehnhundert Mark für ein Fahrzeug wie dies bieten — vierzehnhundert Mark, denken Sie bloß, fügte er mit steigender Erregung hinzu, sich an die anderen wendend, — vierzehnhundert Mark und dabei ein Gesicht wie ein unschuldiges Kind! Ne, wenn ich daran denke, verdammt noch mal, wenn ich nicht doch —“

Kapitän Busack legte seine Hand auf seinen Arm und geleitete ihn mit bejähigenden Worten nach unten. Seine Stimme ließ sich noch weiter polternd aus der Kajüte vernehmen, bis sie in einem brüllenden Gelächter endete, und Kapitän Busack, auf der Kajütentreppe erscheinend, ihnen winkte, nach unten zu kommen, wobei er Herrn Grot einschärfte, sich soviel wie möglich im Hintergrunde zu halten.

Das Geschäft war bald abgeschlossen und Herrn Grot's Augen leuchteten wieder auf, als er sein neues Eigentum betrachtete. Kapitän Busack, der in vorzüglicher Stimmung war, begann von den nötigen Veränderungen zu sprechen und schlug unter anderem auch vor, die Wand am Fuß der Ra-

jütentreppe durchzubrechen und eine bequeme Kabine mit drei Kojen in den Raum einzubauen.

„Es kommen aber auch zwei Damen mit,“ jagte Herr Grot.

Kapitän Busack rieb sich das Kinn. „Das hatte ich vergessen,“ versetzte er langsam. „Zwei, sagten Sie?“

„Das hat nichts zu sagen,“ bemerkte Herr Stobel, ihm mit seinem linken Auge fixierend und das rechte langsam schließend. „Machen Sie sich nur ja an die Abänderungen. Eine von den Damen kann Ihre Kabine kriegen und die andere die Koje des Steuermanns.“

„Und wo sollen Kapitän Busack und der Steuermann schlafen?“ fragte Herr Grot.

„Jrgendwo,“ antwortete Herr Stobel. „Bei der Mannschaft, wenn sie wollen.“

Kapitän Busack, der plötzlich sehr ernsthaft aussah, schüttelte den Kopf und sagte, daß das unmöglich sei. Er sprach in ruhrenden Ausdrücken von den der Disziplin drohenden Gefahren und forderte Herrn Gumpel auf, seine Befürchtungen zu bestätigen. Währenddessen öffnete Herr Stobel langsam sein rechtes Auge und blinzelte mit dem Linken.

„Machen Sie sich nur an die Abänderungen,“ wiederholte er.

Kapitän Busack stützte und dachte nach. Ein Nicken von Herrn Hagedorn und eine bezeichnende Geste in der Richtung des ahnungslosen Herrn Grot entschied.

„Gut denn, meine Herren,“ sagte er vernügte. „Ich bin in Ihren Händen und Peter Gumpel wird tun, was ich tue. Es ist doch abgemacht, daß er mitgeht, nicht wahr?“

Herr Hagedorn, nach einem langen Blick auf das ängstliche Gesicht des Herrn Gumpel, sagte „Ja“, worauf sich, auf Kapitän Busacks Vorschlag, die Versammlung nach dem „Bibelen Janmaat“ vertagte, wo in einem kleinen Zimmer im ersten Stock, nicht viel größer als die Kajüte des Schoners, die Vorbereitungen zur Reise in ihren Einzelheiten besprochen wurden.

„Und merk dir, Peter,“ sagte Kapitän Busack zu seinem Freunde, als das Paar am Hasen entlang schlenderte, nachdem ihre Reeder abgereist waren, „je weniger du hiervon redest, um so besser. Wir wollen keine Leute aus Westerbafen dabei haben.“

„Warum nicht?“ fragte der andere.

„Darum,“ entgegnete Busack, seine Stimme zum Flüstern herabstimmend, „weil an der Sache mehr ist, als das Auge sieht. Sie sind nicht die Sorte Menschen, die zum Vergnügen eine Reise nach den Inseln macht — das heißt außer Grot. Ich hab' meine Augen offen gehalten, und da ist was im Gange. Verstehst du mich?“

Herr Gumpel lächelte verschmüht. „Ich werde mir eine Mannschaft für sie zusammensuchen,“ sagte Busack. „Einen Mann hier und einen Mann da; die Leute von Westerbafen halten nicht dicht genug. Und wie ist das jetzt mit dem Grog, von dem du so viel geredet hast?“

Dreizehntes Kapitel.

Jetzt, wo die weitere Geheimhaltung der geplanten Reise zwecklos war, mußte Herr Hagedorn die Situation nach Kräften aus und sprach fortwährend davon. Dem erstaunten Eduard gegenüber sprach er mit großer Wärme davon, daß er die Welt noch sehen wolle, ehe die hinterlistigen Beschwernisse des Alters es ihm unmöglich machen würden; mit Kapitän Boldt, den er in der Kaiserstraße traf, unterhielt er sich über das Reiseziel mit der Miene eines Mannes, der jedem guten Vorschlag in dieser Hinsicht ganz besonders zugänglich ist. Wenn er die Wahl hätte, schien es, daß es in der Richtung nach Nord-Amerika läge.

„Sie könnten was Schlimmeres tun,“ sagte der Kapitän mürrisch.

„Grot,“ meinte Hagedorn sinnend — „Grot ist mehr für den Süden. Ich glaube, Ihre Beschreibung von den Inseln da hat ihn ziemlich stark erregt. Er ist ein sehr —“

„Wenn Sie vorhaben, die Insel zu suchen, von der ich Ihnen erzählt habe,“ unterbrach ihn der Kapitän ungeduldig, „rate ich Ihnen ernsthaft ab, denn Sie würden nur Ihre Zeit und Ihr Geld verschwenden. Wenn ich eher von dieser Reise gewußt hätte, würde ich Ihnen das schon längst gesagt haben. Wenn Sie auf meinen Rat hören wollen, dann verkaufen Sie Ihren Schoner und kümmern Sie sich um Geschäfte, die Sie verstehen.“

Herr Hagedorn lächelte sorglos. „Möglich, daß wir danach suchen, wenn wir den Weg nehmen,“ sagte er. „Ich glaube, Grot hat sich schon einen Spaten gekauft für den Fall, daß wir darauf stoßen. Er hat einen romantischen Glauben an den Zufall, wissen Sie.“

„Gut denn,“ entgegnete der Kapitän, sich zum Gehen wendend. „Nur machen Sie mir keine Vorwürfe, was auch passiert. Sie können nicht sagen, daß ich Sie nicht gewarnt habe.“

Er packte seinen Stock in der Mitte und schritt die Straße hinab. Herr Hagedorn, der seiner sich entfernenden Gestalt mit buldramem Lächeln nachblickte, fragte sich, ob er seinen Anteil am Schatz annehmen würde, wenn er ihm angeboten würde.

Fräulein Manekes Aufregung war zu dieser Zeit ungeheuer. Einzelheiten über den Ankauf des Schoners wurden ihr brieflich mitgeteilt, aber das weibliche Bedürfnis, mit

postdirektion Stettin sollen die Ausheiser nur noch 2,50 Mark pro Tag erhalten. (Hört, hört! h. d. Soz.) In Straßund sogar nur 2,20 Mark. Den Landbriefträger ist von der Oberpostdirektion in Königsberg i. Pr. die Benutzung eines Kades verboten worden. (Hört, hört! h. d. Soz.) Das ist eine Erschwerung ihres Dienstes schlimmster Art. — Der Bahnpostdienst ist ein überaus schwieriger. Fahrten bis zu 12 Stunden sind nicht selten, wobei von Ruhe keine Rede sein kann. Die Nerventranstheiten der Beamten haben daher bedeutend zugenommen. Unbedingt bedarf die Ausstattung der sogenannten Seiwagen einer neuen Prüfung. In den ungeheizten Seiwagen müssen die Begleiter bis zu 10 Stunden in der bittersten Kälte ohne warme Kleidung ausharren. Die Bahnverwaltung hat ihren Leuten in solchen Wagen längst warme Kleidung und warmes Schuhwerk gesteuert. Auch die Aufenthaltsräume, die von Bahnpostschaffnern auf den Stationen zur Verfügung gestellt werden, spotten jeder Beschreibung. Hat denn der Staatssekretär noch niemals ein Merkblatt des Reichsgesundheitsamtes in der Hand gehabt, wo auf die Wichtigkeit gesunder Aufenthaltsräume hingewiesen ist? — Der Reichsgesundheitsrat für die Krankenkassen ist viel zu gering. Wir haben beantragt, ihn in diesem Jahre um 100.000 Mark zu erhöhen, um die Kassen leistungsfähig zu machen. — Aus den Reihen der Telegraphenarbeiter sind mir jenseit Klagen über unbillige Sparmaßnahmen zugegangen, daß ich bis morgen früh reden müßte, wenn ich sie alle vorbringen wollte. Mit der Ausnützung der jugendlichen Telegraphenarbeiter drückt die Postverwaltung jeden Reford. Ein Landbriefträger, der sich ein Pferd angekauft hatte, weil die Landpostbestellung sonst gar nicht zu bewältigen war, geriet in Schwierigkeiten mit dem Lieferanten der Futtermittel, und beging in seiner Notlage eine Veruntreuung, für die er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde. Hätte die Postverwaltung ihm die Futtermittel nicht erst am Jahresanfang, sondern rechtzeitig bezahlet, so wäre ein Menschenleben und eine Familie gerettet worden. (Sehr wahr! h. d. Soz.) — Ueber die Mißstände beim Berliner Postamt 39 ist im vorigen Jahre eine Untersuchung zugelegt worden; jede Milderung ist aber abgelehnt. Wenn die Briefträger nicht alles bestehlen können, werden ihnen Geldstrafen zufließen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Dem Obersekretär dort sollte „knigges Umgang mit Menschen“ zur Verfügung gestellt werden. Ebenso wie auf diesem Amt, läßt auch auf dem Amt 40 die Behandlung der Unterbeamten durch den Direktor und seinen Obersekretär sehr viel zu wünschen übrig. Hier muß eine strenge Untersuchung stattfinden. Auf allen Beamten sind schwarze Listen eingeführt. (Hört, hört! h. d. Soz.) Die Beamten haben keine Möglichkeit, sich gegen das zu wehren, was in den Listen steht, sie sind vogelfrei. Auf dem letzteren Bahnhofamt haben sich die Beschwerden gehäuft, seitdem der neue Direktor im Dienst ist. Die Behandlung ist dort genau wie in der Kaserne. Beamte, die sich diese Behandlung nicht gefallen lassen wollten, wurden in Pension versetzt, die weit entfernt von ihrer Wohnung liegen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Krankenkassen verlangt der Direktor dieses Amtes von den Beamten persönlich vorlegen die Verfügung, daß sie auch an der Post beschäftigt werden können, erklärt für ihn nicht. Er hätte sich einer solchen Behandlung kränker Beamter schämen. (Hört, hört! h. d. Soz.) — Den Gesundheitsrat haben wir schon im vorigen Jahre gegenüber, sie erklären Kasse und Pensionen. Die Gelder, die für Kasse und Pensionen und anderen Beamten bewilligt sind, gehen nicht an die Beamten. Auf dem genannten Amt soll der Direktor, und der Obersekretär einen großen Teil der Gelder erhalten haben. (Hört, hört! h. d. Soz.) — Einem Obersekretär auf dem Amt 40, der sich arbeitete wollte, wurde der Urlaub durch den Direktor, wenn er einen Vertreter stellte und demselben 100 Mark, monatlich magte er in den letzten April 1897. (Hört, hört! h. d. Soz.) Gebührt hat sich der Direktor des Amtes 40, daß er nicht, daß ein so alter Herr sich noch als leistungsfähig erweisen hat. (Hört, hört! h. d. Soz.) nachdem ihm jahrelang sein Wirken gelohnt war. Ueberhaupt sind auch die Beamten auf den Eisenbahnen in Pensionen. Es wäre schon längst ein weiteres Hilfsmittel dort nötig. — Auch in Neudorf ist ein Herr das Regiment, der sich selbst als Mann ohne Namen bezeichnet. Ein kränker Briefträger wurde so überlistet, daß er auf der Straße zusammenbrach. (Hört, hört! h. d. Soz.) Wenn ich mich im nächsten Jahre fürger lassen kann, wird es mich freuen, aber solange das jetzige Oberhaupt der Reichspost an seiner Stelle steht, werden die meisten Klagen der Postunterbeamten kaum in Erfüllung gehen. (Hört, hört! h. d. Soz.)

Staatssekretär Kräfte: Ich habe während der Ausführungen des Vorredners das Gefühl gehabt, daß die Rede-

freiheit des Abgeordneten ausgenutzt wurde (Unruhe und Zurufe h. d. Soz.: Sie haben keine Zensuren zu erteilen!), um auf Grund einseitiger Zuträgen treue Beamte zu beschuldigen. Ich protestiere dagegen, sowie auch dagegen, daß der Abg. Zubeil sich erlaubt hat. . . . (Gr. Unruhe h. d. Soz.) und Zurufe: Was erlauben Sie sich denn! Präsident Kämpf erklärt, daß er bei einem Abgeordneten einen solchen Ausdruck durch Ordnungsruf gerügt hätte.) Also dagegen protestiere ich, daß Herr Zubeil einen Beamten, den er angriff, als einen alten Freund bezeichnete. (Lachen h. d. Soz.) Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr. (Vorher Zweikampf-Interpellation des Zentrums, zurückgestellte Abstimmungen, Kolontafel.)

Schluss: 7 Uhr.

Aus der Partei.

Agitationsmaterial für den Frauentag. Wir machen darauf aufmerksam, daß Probenummern der „Gleichheit“ für die Werbung neuer Leserinnen beim Frauentag und in der roten Woche gern unentgeltlich vom Verlag J. H. W. Dieck, Stuttgart, Furtbachstraße 12, abgegeben werden. Es empfiehlt sich schnellste Bestellung, damit das Material rechtzeitig vor dem Frauentag in den Händen der Besteller ist.

Gegen Militarismus und Krieg und gegen das Urteil der Frankfurter Strafkammer demonstrierten am Sonntag die Arbeiter der westlichen Vororte Berlins in zwei überfüllten Versammlungen. Die Ausführungen der Genossin Luxemburg und des Genossen Rosenfeld fanden begeisterten Beifall. In einer einstimmig angenommenen Resolution heißt es: Die Versammlung erklärt sich vollkommen eins mit den Ausführungen der Genossin Luxemburg gegen Militär und Krieg und gelobt, mit aller Kraft für die Weiterverbreitung dieser Ideen tätig zu sein. Insbesondere verpflichteten sich die Versammelten, durch eifrige Werberarbeit die Organisationen der Arbeiter zu stärken und sie mit dem revolutionären Geist des wissenschaftlichen Sozialismus zu erfüllen.

Sozialistenverfolgung in Japan. Auf der Linie von Tokio nach Shinagawa warf sich der junge Genosse Ichizo Yamamoto vor einem Eisenbahnzug und wurde getötet. Yamamoto war erst 24 Jahre alt. Nach einem glänzenden Studium wandte er sich der Sozialdemokratie zu. Das hatte zur Folge, daß er von der japanischen Geheimpolizei aus allen Lehrämtern vertrieben wurde. Genosse Yamamoto nahm hierauf jede andere Arbeit an. Aber auch hier war die Polizei hinter ihm her und veranlaßte, daß er die Arbeit bald wieder verlor. Jeder Existenz beraubt und zur Verzweiflung getrieben, endigte er sein Leben freiwillig.

Gewerkschaftsbewegung.

Eine Lohnbewegung der städtischen Arbeiter zu Danzig. Seit drei Jahren mühten sich die städtischen Arbeiter ab, eine bessere Entlohnung zu erlangen, doch immer endeten ihre Forderungen nur mit sehr geringem Erfolg. Schuld an dieser Fehlschickung hatte nicht zuletzt die starke Organisationslosigkeit der städtischen Arbeiter. Waren doch die Arbeiter in vier verschiedenen Organisationen. In neuerer Zeit haben sich die Arbeiter in einer Organisation zusammengeschlossen. Nicht nur, daß die Löhne an und für sich niedrig sind, sie werden auch relativ willkürlich durch die einzelnen Vorgesetzten festgesetzt. Um diesem Uebelstand abzuhelfen, beauftragte die städtischen Arbeiter die Leitung des Verbandes der Gemeindefürsorge und Staatsarbeiter, die zu stellenden Forderungen auszuarbeiten und einer Versammlung der städtischen Arbeiter vorzulegen. Die dann eingereichten Forderungen haben bisher nur den Straßensprengern einen teilweisen Erfolg gebracht. Der Magistrat erklärte, diesen Arbeitern Vorschläge geben zu wollen und einen Arbeiterauschuss einzusetzen. Dies hat bei den übrigen Arbeitern große Erregung hervorgerufen, die sich in einer Versammlung am 27. Februar kund tat. Die Versammelten stimmten einer Resolution zu, in der nochmals um Bewilligung der Forderungen ersucht wird.

Zur Tarifbewegung im Dampfergewerbe in Rheinland und Westfalen. Am 15. Februar war der Ablaufstermin aller von den Unternehmervereinen geschlossenen Verträge. Die während der Kündigungszeit eingeleiteten Verhandlungen für die Städte Düsseldorf, Elberfeld, Hagen, Dortmund, Barmen, Duisburg, die über den Ablaufstermin hinausgeführt wurden, ergaben für die Arbeiter kein annehmbares Angebot. Darauf wurde der Vorschlag gemacht, weitere Verhandlungen unter Zuziehung von Unparteiischen folgen zu lassen.

Diesem Vorschlag wurde zugestimmt. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind angewiesen, mit den alten Bedingungen vorläufig weiter arbeiten zu lassen. Bei der Firma J. Heuwels sind, nachdem die Forderungen eingereicht wurden, ebenfalls Verhandlungen in die Wege geleitet. Auch von der Firma Carl Hemmers-Oberhausen (Rheinische Holzwerke) wurde damals der Vertrag gekündigt. Ein Tarifentwurf mit teils sehr erheblichen Verschlechterungen wurde den Arbeitern unterbreitet. Als die Arbeiter diesen ablehnten, schlug ihn der Unternehmer in der Werkstätte an, mit dem Bemerkten, daß, wer zu den neuen Tarifbedingungen nicht arbeiten wolle, kündigen müsse. Verhandlungen bis zum Kündigungsablauf führten zu keinem befriedigenden Resultat. Darauf haben die Arbeiter am 28. Februar den Betrieb verlassen. Zugang nach den benannten Orten ist streng fernzuhalten.

Arbeiter und Buchmacher. Den Gang der Engländer zum Betteln sucht neuerdings eine Buchmachersentrale in Genf (Schweiz) aufzuklären, die sogar eine Abteilung für Arbeiterorganisationen eingerichtet hat. Diese Abteilung, für die Tom Mann und neun andere bekannte Gewerkschafter ihre Namen hergegeben haben, sollen schon von dem nächsten Rennen ab einen festen Reingewinn von 25.000 Mark für jede Rennsaison zur Verwendung im Sinne der Arbeiterbewegung (1) erhalten. Erfolgreichere hat sich das Tagblatt der Arbeiterpartei sofort ganz energisch gegen diesen Schwundel und gegen den Versuch gewandt, den Einfluß der Arbeiterbewegung zur Förderung eines Sports zu benutzen, der seit jeher der enalischen Arbeiterschaft und ihrer Bewegung den schlimmsten Schaden zugefügt hat. Unverständlicherweise versuchen die Gewerkschafter, die sich zu dem ganzen Manöver mißbrauchen lassen, ihre Haltung auch noch zu verteidigen.

Deutsche Streikbrecher und Schweizer Polizei. Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Eine Baseler Metallwarenfabrik ließ sich von einer ihr von den deutschen Unternehmerverbänden als „renommiert“ empfohlenen Berliner Streikbrecherfirma ein Sortiment von 20 Streikbrechern kommen. Da zufälligerweise der sozialdemokratische Polizeivorstand abwesend war, so ließ sein bürgerlicher Vertreter diese wertvollen Gäste aus Deutschland recht sorgfältig behüten, bewachen und in die Fabrik geleiten, wo sie verpflegt und beherbergt wurden. Diese in Deutschland den Staatsklagen gewährende liebevolle Polizeifürsorge schien also auch in der Schweiz üblich zu sein. Inzwischen hatte Genosse Wacher, der vielen deutschen Teilnehmern vom letzten Sozialistenkongress noch in Erinnerung sein dürfte, in seiner Eigenschaft als Polizeipräsident den Leumund der ehrenwerten Gäste aus Deutschland untersucht. Er fand dabei, daß kein einziger der Herren im Besitze der Papiere war, die nach dem deutschschweizerischen Niederlassungsvertrag notwendig sind, wie Leumundszugnis usw. und die von jedem gewöhnlichen Menschen, zu denen freilich Streikbrecher nicht gehören, sonst von der Polizeibehörde verlangt werden. Auch erfuhr die Polizei, daß acht von diesen zwanzig Herren mehrfach vorbestraft seien. Jetzt mutete der Fabrikhaber den Herren auch gar noch zu, zu arbeiten, was diese als persönliche Beleidigung ansahen, und das sie veranlaßte, selbst zu streifen. Nun sind die schweizerischen Behörden auf Grund des deutschschweizerischen Niederlassungsvertrages berechtigt, sogar verpflichtet, mittellose Ausländer in die Heimat abzuschieben. Um Unruhen vorzubeugen, schien dies der Baseler Polizei zweckmäßig. Die freilebenden Streikbrecher waren inzwischen auf das Bureau des Metallarbeiterverbandes gelangt und dieses gab jedem ein Billett nach Frankfurt und zudem noch etwas Reisegeld, damit sie nur möglichst schnell fortkämen. Tags darauf wurde mit dem Unternehmer ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Unternehmer war ein für allemal klug geworden. Das Polizeidepartement war mit seinem Abschiebungsbeschluss zu spät gekommen, das Gewerkschaftssekretariat arbeitete eben prompter als die staatliche Bureaucratie. Um nun den Fehler gutzumachen, ordnete der Polizeipräsident an, daß der Rasse des Metallarbeiterverbandes die Auslagen für den Abschub des Streikbrechergejandels aus der Staatskasse zu ersetzen seien, was auch prompt geschah. Dieses korrekte Verfahren brachte die Baseler bürgerlichen Politiker in Wat. Polizei und Gewerkschaft arbeiten finanziell Hand in Hand, um Streikbrecher ins Ausland abzuschicken, Staatskasse und Gewerkschaftskasse helfen einander aus? Es schien den Herren, als ob die Grundlagen unserer göttlichen Gesellschaftsordnung ins Schwanken geraten seien. Eine Interpellation führte zu einem parlamentarischen Nachspiel in der letzten Sitzung des Baseler Kantonsparlaments und zu einer Blat-

jemandem über die Sache zu reden, wurde zu stark, um sich vorzulassen zu lassen. Sie leuete sogar eines Abends Herrn Stobel auf und behauptete, trotz aller möglichen Schmeicheleien darauf, ihn auf einen Teil seines Heimweges zu begleiten. Er sah hundertmal nachher da und rief sich die einzelnen Teile einer Aufstellung seiner persönlichen Reize, womit sie ihn verziehen hatte, ins Gedächtnis zurück.

Herr Grot brachte die Zeit mit Vorbereitungen für die Reise hin, indem er außer anderen notwendigen Sachen sich einen Voratz von Feuerwaffen aller Arten und Größen zulegte und damit im Garten Übungen anstellte. Die meisten Schützen verflüchteten allmählich die Größe ihres Zieles; aber Herr Grot, nachdem er mit einer Medizinstunde auf hundert Schritte Entfernung begonnen hatte, machte den Beschluß mit dem Treibhause aufzugeben. Frau Grot, die zu der Zeit darin war und eine frische Geranie pflegte, jungierte als Schützling, und obwohl Herr Grot ihr durch genaue Weisungen nachwies, daß die Kugel mehr als sechs Zoll von ihr vorbeigegangen war, wurde der Schießstand geschlossen.

Bis die Änderungen auf der „Schön Emily“ beendet waren, war der Sommer nahezu zu Ende, und es war schon der 20. August, als die Rehenden sich auf dem Bahnhofs von Landersbach zusammensanden. Frau Grot in einem schneidigen Segeltuch mit weißer Haube, Herr Grot in einem dunklen Anzug und unterteilt sich mit einem bewundernden Blick von Frau Grot, die gekommen waren, sie abzuholen zu sein. Sie hatte ihr Haus zugeschlossen und die Dienstmädchen entlassen, und ihr Bedauern mit Frau Stobel, deren Name nicht vergessen in ihrem Falle verzeihen hatte, gab ein geistiges und angenehmes Gespräch ab. Frau Stobel hatte in ganz anderer Weise gepostet, und Frau Grot lächelte mit Entschiedenheit und Würde auf einen kleinen Koffer und die Handtasche, die ihre Garderobe enthielten.

„An Feld braucht sie sich nicht anzubohren“, sagte Herr Stobel.

Frau Grot wandte sich um und betrachtete das Kommen ihrer Freundin — einen schlichten Rock und Taille, worin sie jetzt im vorletzten Frühling erschienen war.

„Wann wir ein Jahr unterwegs sind“, sagte sie bestimmt, „wird sie in Luzern sein, eher zur Hand.“

Herr Stobel nickte, daß sie zum Glück in einem warmen Klima sein würden und wandte sich ab, um die Hagedorn zu begrüßen, die gerade angelangt waren: dann ließ der Zug sie, und Herr Grot schloß hinter dem Gepäcks aufstehend, wo er stehend stand, mit er jetzt Selina Mautes kleines Kofferchen auf dem Bahnhofs abließ, wie in den Tagen und stahlte Landersbach zugewandt lebend.

In den Augen Herrn Grots und seiner Frau schien Weckerhaken sich für die Gelegenheit in Festschmuck geworfen zu haben. Mit solchem Lächeln gingen sie voran zur Fabrik, wobei Frau Grots Köstlich so viel Aufmerksamkeit erregte, daß der Rest der Gesellschaft langsam zurückblieb, um zuzusehen, wie Eward Hagedorn sein Schahband wieder knüpfte. Zwei Worte waren nötig, um das Gepäcks zum Schoner zu überführen, und da die Ladung des kleinen Fahrzeugs mitten im Strom überhob, ruderte der Bootsmann den Rest des Weges mit einer guten Portion davon auf seinem Schoße. Zum Unglück war sein Mund frei.

Herr Grot vermochte nicht, einen Ruf der Bewunderung zu unterdrücken, als er an Bord der „Schön Emily“ kletterte. Das Deck war so weiß wie das eines Kriegsschiffes und die Messingteile glitzerten in der Sonne. Weiße Malereien und der erhellte und gesunde Geruch nach Teer vervollständigten seine Festriedung. Seine Brust weitete sich, als er die Brille einjog, und mit leichtem seemannischen Schlingergang schritt er auf dem flenden Deck auf und ab.

„Und jetzt“, sagte Kapitän Bujad, nachdem ein paar derbe Seelen das Gepäcks der Herren in der neuen Kabine untergebracht hatten, „wer von den Damen soll meine Kabine haben und wer die Koje des Steuermanns?“

Frau Grot knixte: sie hatte es als selbstverständlich angenommen, daß sie die Kabine erhalten würde. Sie wandte sich um und sah ihre Freundin gespannt an.

„Die Koje scheint die meine frische Luft zu bekommen“, sagte Frau Stobel. „Und sie ist der Treppe auch näher für den Fall, daß etwas passiert.“

„Nehmen Sie sie, Liebste“, sprach Frau Grot freundlich. „Ich bin nicht nervös.“

„Aber Sie haben die frische Luft so gern“, antwortete Frau Stobel mit einem sehnsüchtigen Blick auf die Kabine. „Ich möchte nicht selbstständig sein.“

„Das sind Sie auch nicht“, sagte Frau Grot mit Ueberzeugung.

„Grot und ich wollen darum lösen“, bemerkte Herr Stobel, der voll Ungeduld zugehört hatte. Er warf eine Münze in die Luft, und Herr Grot, der die Koje für seine indignierte Frau gewann, machte die größten Anstrengungen, sich über ihre vielfachen Vorzüge zu verbreiten. Frau Stobel ließ sich mit einem Lächeln dagegen erheben, ihre Sachen in die Kabine tragen, während Frau Grot kühl dabei stand und dem Plane zohörte, ihr schweres Gepäcks in den Raum zu schaffen.

„Um wieviel Uhr segeln wir?“ fragte Hagedorn senior, sich zur Kajütentreppe begebend.

„Um vier Uhr, Herr Hagedorn“, antwortete Bujad.

Herr Stobel, seine massigen Züge halb von einem ungewohnten Lächeln erhellt, wandte sich um und überschaute seine Freunde. „Ich habe einen kleinen Imbiß im „König von Preußen“ zu halb zwei bestellt“, sagte er lüchlich. „Um halb vier werden wir wieder an Bord sein, Kapten.“

Kapitän Bujad verbeugte sich und die Gesellschaft schied sich an, von Bord zu gehen, als ihr das Benehmen der Frau Grot, die noch immer über die Kabinengelegenheit nachgrübelte, einen Strich durch die Rechnung machte. In dem klarsten aller klaren Ausdrücke erklärte sie, daß sie kein Verlangen nach einem Imbiß habe und vorziehe, an Bord zu bleiben. Ihre düstere Stimmung schien die ganze Gesellschaft anzupöckeln, besonders Herr Stobel war so niedergeschlagen, daß seine Frau ihn mit erstaunten Augen betrachtete.

„Das wird uns das ganze Vergnügen verderben, wenn Sie nicht mitkommen“, bemerkte er schüchtern und mürrisch. „Wirklich, ich arrangiere das Essen mehr Ihrer Willen als sonst jemandes wegen. Es wird unsere letzte Mahlzeit an Land sein.“

Frau Grot erwiderte, daß sie schon viele Mahlzeiten an Land genossen habe, daß sie diese eine wohl entbehren könne, und Herr Stobel, nachdem er sie eine Weile in einer Weise anguckt hatte, die in seltsamem Widerspruch mit seinen Worten stand, nahm seine Frau beiseite und plüßerte ihr mühsend etwas ins Ohr.

„Nein, ohne sie werde ich auch nicht mitgehen“, sagte Frau Stobel, wieder an die Gruppe herantretend. „Wo ich die schöne lustige Koje verloren und dafür diese häßliche dumpe Kabine bekommen habe, ist mir der ganze Appetit zum Essen vergangen.“

Frau Grots Antlitz erhellte sich. „Gefällt sie Ihnen nicht, Liebste?“ meinte sie freundlich. „Lassen Sie uns auf jeden Fall tauschen, wenn sie Ihnen nicht gefällt. Kümmeren wir uns nicht um ihr dummes Lachen.“

Frau Stobel tauschte und Herr Hagedorn senior, nachdem er eine schicksale Weise gewartet hatte, um den Schein zu wahren, drang in beide Damen, an dem Mahle teilzunehmen. Unfähig, länger zu widerstehen, gab Frau Grot nach und ging mit den anderen im Boot des Schiffes, von den sehnigen Armen zweier Leute aus der Mannschaft gerudert, an Land.

Das Mahl hatte ihrer im Frühstückszimmer des Wirtshauses und die Tafel machte mit ihren Blumen und Champagnergläsern einen einladenden Eindruck. In Unbetracht der Gelegenheitsbedeutung, der Kellner, mit ungewöhnlicher Aufmerksamkeit und die Wirtin selbst trat zwei- oder dreimal ins Zimmer, um sich zu überzeugen, daß alles seinen richtigen Gang gehe. (Fortsetzung folgt.)

Mitglieder für die Interpellanten als Genosse Volksgewerkschaftsleiter die Straffisten der Abgeschobenen vorlas, um die Rechtfertigung dieser Maßnahme zu beweisen. Die Herren Interpellanten erklärten sich kleinlaut mit der Auskunft befriedigt. So weiß die Schweiz sich gegen die Landplage des deutschen Streikbrechergeheles zu schützen. Und während dort die Polizeibehörden mit Hilfe der Gewerkschaften unsere biederen Landsleute abschleppen und uns vor allzu großer deutscher Schande bewahren, mehrten sich bei uns zu Lande die Totschläger, die als Streikbrecher eben das Privilegium haben, jeden zusammenzuschlagen, der es wagt, sie auch nur scharf anzusehen.

Internationales. Frankreich. Die französischen Bergarbeiter bezug der „Neue“ Verband der Bergarbeiter beschloß, die Arbeit am 3. März wieder aufzunehmen, nachdem das Parlament das Altersversicherungsgesetz angenommen und die Regierung versprochen hat, dafür zu sorgen, daß ihm alle Bergarbeiter, Schieferbeiter usw. ohne Unterschied unterstellt werden. Die Bergarbeiter betrachteten dieses Ergebnis als einen guten Erfolg angesichts des Umstandes, daß die Gewerkschaften des Nordens an dem Streik nicht teilnahmen, ihn vielmehr scharf bekämpften.

Portugal. Die Organisation der portugiesischen Eisenbahner beschloß, den Streik vorläufig zu beenden, die Arbeit nach kurzer Zeit jedoch wieder niederzulegen, wenn ihre Forderungen auf Wiederherstellung der Gemäßigten und Reform ihrer Alterspension nicht halb erfüllt werden. — Der Vorstand wandte sich in seinen Proklamationen entschieden gegen alle Versuche, die Organisation mit den Attentaten auf die Eisenbahn in Verbindung zu bringen.

Soziales.

Das Arbeitsrecht in Gärtnereien. Der Reichstag hatte bei Gelegenheit der Verabschiedung der Gewerbeordnungsnovelle vom Dezember 1908 eine Resolution beschlossen, wonach die verbündeten Regierungen ersucht wurden, noch im Laufe der Session 1908/09 einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Arbeitsverhältnisse der in nicht gewerblich betriebenen Gärtnereien beschäftigten Arbeiter geregelt werden sollten. Seitdem ist die Reichsregierung durch mehrere und wiederholte Eingaben der gärtnerischen Berufsverbände an diese Resolution erinnert worden. Im Herbst 1911 haben sogar die bestehenden sieben Unternehmerverbände durch eine Eingabe ihren Wünschen dahin Ausdruck gegeben, es möchten die arbeitsrechtlichen Verhältnisse aller Gärtnereien den Bestimmungen der Gewerbeordnung unterstellt werden. Die Regierung hüllt sich indessen in Stillschweigen. Im Jahre 1912 und 1913 erfolgte dann durch die Gärtner-Großunternehmer im Königreich Sachsen ein wichtiger reaktionärer Vorstoß. Der dem Landeskulturrat für das Königreich Sachsen angegliederte Gartenbauausschuß suchte in besonderen Denkschriften „nachzuweisen“, daß die Gärtnerei die Bestimmungen der Gewerbeordnung einfach nicht ertragen könne, sie würde daran zugrunde gehen, im besonderen, wenn die Bestimmungen über die Sonntagsruhe und über den Kinderschutz angewendet würden. Auch der Reichstag ist mit einer dieser Denkschriften neuerdings beehrt worden. Im Gegensatz zu den anderen wird da nun gefordert, es solle ausschließlich der reine Handel mit Gärtnereierzeugnissen als der Gewerbeordnung unterfallend erklärt werden, dagegen alle Produktionsbetriebe als der Landwirtschaft arbeitsrechtlich gleichstehend. Die oben erwähnten sieben Unternehmerverbände scheinen inzwischen ihre Zugewandtheit zum Jahre 1911 zu bereuen, denn sie lassen die Reaktionen ohne Widerspruch hegen. Das hat nun den freigewerkschaftlichen Gärtnerverein bestimmt, sich mit einer neuen Denkschrift an den Reichstag zu wenden. Unter dem 3. Februar hat dann der Abg. Behrens beim Reichskanzler angefragt, wie weit die Arbeiten der Regierung in dieser Sache gediehen seien; er erhielt am 10. Februar die Antwort, die Frage sei noch nicht so weit gefördert, daß noch für diese Session eine Vorlage in Aussicht gestellt werden könne, der Reichstag habe in der Sitzung am 27. Mai 1913 den Bericht der Petitionskommission an die Kommission zurückverwiesen in der ausgesprochenen Absicht, die Frage zu klären. Die Verhandlungen der Kommission, die noch ausstehen und inzwischen eingegangene weitere Denkschriften des Landeskulturrats für das Königreich Sachsen und des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins würden zu einer erneuten Prüfung Anlaß geben, ob und inwieweit eine gesetzliche Regelung erforderlich erscheine. Es sei dieser Antwort gegenüber hervorgehoben, daß nach mehrfachen neueren Entscheidungen, auch höherer Gerichte, die gegenwärtige Rechtslage so aufgefaßt wird: durch die Gewerbeordnungsnovelle von 1908 sei in § 154 Ziffer 4 indirekt ausgesprochen, daß nunmehr alle Erwerbsgärtnereien, mit Ausnahme des selbstmäßigen Gemüse- und Kräutergartens, der Gewerbeordnung unterstehen. Wenn diese Auffassung sich allgemein durchsetzt, so ist das gewiß ein guter Schritt nach vorwärts. Alle Nichterwerbsbetriebe aber, im besonderen die Eigenbedarfsgärtnereien und ähnliche verbleiben dann noch immer dem alten Rechtszwang, und in diesen Betrieben wird annähernd ebensoviel Personal beschäftigt, wie in den Erwerbsgärtnereien. Es wird deshalb darauf beharrt werden, daß durch eine besondere Bestimmung erklärt wird: Der Gewerbeordnung untersteht der gesamte Gartenbau, einerlei, ob für Erwerbs- oder nur für Eigenbedarfszwecke betrieben.

Kampf um die Arbeitslosenunterstützung. Der Landtag in Altenburg S.-M. bewilligte in seiner letzten Tagung für die Finanzperiode 1914/16 45 000 Mark, die dazu dienen sollten, den Gemeinden 50 Prozent der Aufwendungen zurückzuerstatten, die sie für Arbeitslose gemacht hatten. Über überall wurden die Arbeitslosen in den Gemeinden abgewiesen und einige Gemeinden, die die Arbeitslosenunterstützung beschließen hatten, zögerten mit der Durchführung. Jetzt ist das Rätegesetz, denn von einem der Landratsämter wurde folgendes Rundschreiben bekannt:

Altenburg, den 22. Januar 1914.
Es sind wiederholt Personen mit dem Anbringen hier vorstellig geworden, sie seien arbeitslos und dadurch in Not geraten, weshalb sie um Unterstützung und Arbeit bitten. Sie sind gleichmäßig an ihre Gemeinden verwiesen worden.
Es wird darauf hingewiesen, daß nach dem Unterstützungswohnungsrecht alle in Not befindlichen Familien und Personen zunächst von der Gemeinde unterstützt werden müssen, in der sie bei Eintritt der Hilfsbedürftigkeit sich befinden, vorbehaltlich des Erstattungsanspruches an den Unterstützungswohnungsamt.

Daher liegt es im Interesse der Gemeinden, den Arbeitslosen Arbeit zu geben oder zu verschaffen, wenn dies irgend möglich ist, um die Unterstützung zu sparen.
Sie wollen das gegebenen Falles beachten.

Unterzeichnet: Schenk.
Daraus ist ersichtlich, daß es selbst dort, wo man nach außen hin tut, als ob man ein warmes Herz für die Arbeiter habe, dem Bürgertum gar nicht ernst damit ist. Eine Arbeitslosenversammlung und eine öffentliche Versammlung in Altenburg protestierten gegen diese Praxis. Es wurde beschlossen, durch eine Deputation beim Bürgermeister vorstellig zu werden.

Ultramontane Schwindeln. Am 19. September 1913 schrieb das kirchliche „Straubinger Tageblatt“ unter der Überschrift „Zur Aufklärung“ einen Artikel gegen die Volksfürsorge und lag darin folgendes zusammen:
Die Gründung der Volksfürsorge geschah auf den sozialdemokratischen Parteitag, das Kapital stammt aus der roten Parteikasse. Wer kein Geld nicht hergeben will zur Stärkung der roten Parteikasse und zur Förderung der Umsturzideen dieser Partei, der wird sich hiten, einen Aufnahmefähigen zu unterschreiben, der die Firma Volksfürsorge an der Stirn trägt.
Diese schwarzen Unwahrheiten kennzeichnete die „Münchener Post“ vom 22. September 1913 in folgender Weise:
Wenn das Straubinger Schwarzbüchlein den Beweis für seine erblichsten Behauptungen erbringen möchte, so würde es scheinlich in Verlegenheit kommen. Die Volksfürsorge ist weder eine sozialdemokratische Einrichtung, noch ist sie auf einem sozialdemokratischen Parteitag beschlossen worden, noch stammt das Kapital aus der Parteikasse, noch dient das Geld der Versicherungsanstalt zur Stärkung der roten Parteikasse.
Das ist der „Christlichen“ Redaktion natürlich genau bekannt, was sie aber nicht abhält, mit solchen Unwahrheiten zu operieren, weil sie eben sachliche Gründe nicht anführen kann.
Diese ernste Zurechtweisung hat aber die intelligente Redaktion des „Tischenertheer Volksboten“ nicht abgehalten, am 5. Februar 1914 den ganzen Lügenartikel wortwörtlich seinen Lesern auch aufzutischen, offenbar in dem Glauben, daß kein Mensch sein Blatt liest, der imstande ist, den Schwundel zu erkennen. Es scheint doch richtig zu sein, daß es Redakteure in der Zentrumspresse gibt, auf die das von einem Vater gegen sie gebrauchte Wort zutrifft: Sie lügen wie die Teufel und Schwundeln aus Prinzip!

Aber 100 000 Poltzen sind bei der „Volksfürsorge“ bis zum 28. Februar 1914 ausgestellt worden. Und das trotz der zum Teil schmutzigen Bekämpfung der „Volksfürsorge“ durch ihre Gegner.
Landkranken-Kassen-Verband. Nachdem schon vor längerer Zeit neben dem Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen, der seinen Sitz in Dresden hat, und dessen Leiter Genosse Frähdorf seit Jahren ist, ein Krankenkassenverband in Essen gegründet worden ist, dessen Tendenz sich bewußt gegen den Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen richtet, plant man jetzt eine Verbindung aller Landkranken-Kassen in einem großen Reichsverband. Ein Verband der schlesischen Landkranken-Kassen besteht bereits, er sollte zu einem allgemeinen Landkranken-Kassenverband ausgedehnt werden. Die beiden Landkranken-Kassen Groß-Berlins arbeiten aber, wie gemeldet wird, auf die Schaffung eines Reichsverbandes hin. Es wird sich bald herausstellen, ob die Wahrung der Interessen der Krankenkassen die Hauptaufgabe dieses Verbandes sein wird. Auf den ersten Blick will es scheinen, als ob andere Gründe bei der Schaffung dieses Verbandes gewirkt hätten.

Communes.
Schulärzte im Hauptamt oder im Nebenamt? Ueber den Umfang der schulärztlichen Tätigkeit hat der Magistrat der Stadt Magdeburg bei den 48 Großstädten des Reiches eine Umfrage veranstaltet. Während die Mehrzahl der Städte sich mit einer ärztlichen Ueberwachung der Volksschulkinder begnügt, gingen 21 Großstädte darüber hinaus, indem sie auch die Schüler der mittleren und höheren Schulen, zum Teil auch der Fortbildungsschulen in die Ueberwachung einbezogen. In Düsseldorf, Nürnberg und Straßburg ist die ärztliche Ueberwachung auch auf das vor- und nachschulische Alter — Kleinkinder- und Warteschulen — ausgedehnt. Nur zehn Städte haben Schulärzte im Hauptamt, dagegen 36 solche im Nebenamt angestellt, während in zwei Städten ein Mischsystem herrscht. — Die Erfahrungen, die die Städte mit den Schulärzten im Hauptamt gemacht haben, waren durchaus gute. Die schulärztliche Tätigkeit ist gleichmäßiger und einheitlicher, die Schulhygiene und sonstige soziale Fürsorge wird von hauptamtlichen Ärzten besser wahrgenommen, als von Praktikern, die wenig oder keine Zeit zur theoretischen Beschäftigung mit hygienischen und sozialistischen Fragen haben. Den hauptamtlichen Schulärzten soll dagegen der Zusammenhang mit der Praxis fehlen und ihre einseitige Betätigung auf einen kleinen Ausschnitt ärztlicher Fürsorge die Gefahr der Schematisierung ihrer Tätigkeit mit sich bringen. Genießt nicht ihnen mangels der Ausübung ärztlicher Praxis die Fühlung mit den sozialen Verhältnissen in den Schulbezirken, während der Schularzt im Nebenamt diese Fühlung infolge seiner übrigen Tätigkeit ohne weiteres erlangt. Die große Zahl der von einem hauptamtlichen Arzt zu überwachenden Kinder hindert auch an einer individualisierenden, auf die Kenntnis der Familienverhältnisse der Kinder gestützten Ausübung der schulärztlichen Tätigkeit. Die städtischen Körperlichkeiten in Magdeburg beschließen, das System der nebenamtlichen Schulärzte beizubehalten und die Ueberwachung auch nicht über die Volksschulkinder hinaus auszudehnen, weil die Eltern der Schüler höherer Schulen selbst in der Lage sind, für die ärztliche Ueberwachung ihrer Kinder Sorge zu tragen. Für die Ueberwachung der Volksschüler wurde eine dreimalige Untersuchung jedes Kindes festgelegt und zwar in der Weise, daß die erste Untersuchung in den ersten Schulwochen nach Eintritt, die zweite nach dem vierten Schuljahre und die dritte Untersuchung zu Beginn des letzten Schuljahres vorzunehmen ist. Bei der letzten Untersuchung ist den Kindern ärztlicher Rat für den zu ergreifenden Beruf zu erteilen.

Aus dem Gerichtssaal.
Dr. Göh verurteilt. Das vorjährige Deutsche Turnfest in Leipzig gab Anlaß zu einer interessanten Kritik der deutschen Turner in Leipzig, und ganz besonders waren es die Leistungen der deutschen Turner in gewissen verrufenen Straßen, die zur Kritik herausgefordert hatten. So hatte Professor Dr. Hartmann aus Leipzig in den „Mäßigkeitsblätter“ eine Skizze dieser Seite des Deutschen Turnfestes veröffentlicht. Dr. Göh verteidigte die deutschen Turner frisch-zwomm-fröhlich-frei. Die Folge war eine Anklage wegen Beleidigung, die vor dem Schöffengericht in Leipzig zur Verhandlung kam. Dr. Göh sprach sein Bedauern darüber aus, daß sich das Gericht überhaupt mit der Sache beschäftigen müsse. Nur der Mangel an gutem Willen auf der Gegenseite habe einen Vergleich verhindert. Er sei seit 54 Jahren Vorsitzender der Deutschen Turnerschaft und auf ausdrückliche Aufforderung aus allen Kreisen der Turnerschaft habe er sich zur verpflichtet gehalten, energisch gegen Dr. Hartmann aufzutreten. Dr. Hartmann verwahrte sich dagegen, daß er die Deutsche Turnerschaft mit seinem Artikel verunglimpft habe. Das Gericht verurteilte Dr. Göh wegen Beleidigung zu 60 Mk. Geldstrafe und sprach dem Kläger die Erlaubnis zu, das Urteil in der „Deutschen Turnerschaft“ zu veröffentlichen. Das Gericht billigte an und für sich den Schutz des § 193 Dr. Göh zu, in der Form sei er jedoch zu weit gegangen, deshalb müsse eine Bestrafung erfolgen. Als strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß er trotz seines hohen Alters noch unbeträchtlich sei.

Aus Not zum Brandstifter geworden. Der dem Schwurgericht in Gera hätte sich ein Fabrikarbeiter zu verantworten, der im Januar d. J. eine Rittergutscheune vorsätzlich in Brand gesteckt hatte. Der Angeklagte gab an, er sei mittellos an dem Gefängnis entlassen worden und habe trotz aller Versuche weder Arbeit noch Unterstützung erhalten. In der Verurteilung habe er die Scheune angebrannt und habe sich selbst mit verbrennen wollen, aber nicht in die Scheune hineingelassen können. Der Angeklagte ist wegen Eigentums- und Sittlichkeitsdelikten vorbestraft, war mehrmals in der Irrenanstalt untergebracht und war sogar wegen Geisteskrankheit entmündigt. Der Sachverständige hat ihn in der Verhandlung für völlig zurechnungsfähig bezeichnet und außerdem erklärt, der Angeklagte habe mit voller Ueberlegung gehandelt. Die Geschworenen verneinten deshalb die Frage nach mildernden Umständen und der Staatsanwalt beantragte die ungeheure Strafe von 10 Jahren Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.
Es geht auch ohne Strafe! In Colmar im Elsaß waren zwei Rekruten vom Dragonerregiment bald nach ihrer Einziehung unerlaubt 12 Stunden vom Regiment entfernt geblieben. Der Rittmeister ging gegen die Rekruten nicht strafrechtlich vor. Er hatte sich deshalb wegen Vergehens gegen § 49 des Militärstrafgesetzbuches zu verantworten. Das Gericht sprach den Rittmeister frei. Der Rittmeister begründete nämlich sein Verhalten damit, er habe gesehen, daß in solchen Fällen Milde am Platze sei. Der Regimentskommandeur trat dieser Auffassung sofort bei; neuereingestellte Rekruten dürfe man nicht so streng behandeln. — Eine sehr vernünftige Auffassung, die leider nicht allzu häufig anzutreffen ist.

Aus Nah und Fern.
Risiko der Bauarbeit. Auf bisher noch unaufgeklärte Weise stürzte in Berlin ein Teil des Gerüstes an dem Neubau in der Köpenickerstraße 31 in sich zusammen. Zwei Arbeiter wurden schwer verletzt. Sie liegen im Krankenhaus hoffnungslos darnieder. Zwei andere Arbeiter erlitten leichtere Verletzungen.
Zum Weissenfer Baufrach. Das Amtsgericht Weissenfer bei Berlin beschäftigte sich am Dienstag mit dem Konkurs der Weissenfer Bank. Der Konkursverwalter hatte auf jeden der 391 Genossen eine Haftsumme von 5000 Mk. eingeleistet, da in der Generalversammlung vom 11. Juli v. J. beschlossen worden war, die Haftsumme von 1000 auf 5000 Mk. zu erhöhen, um den schon damals drohenden Konkurs zu verhindern. Hiergegen hatten später die Beschlußfasser selbst wieder Front gemacht, indem sie erklärten, daß sie getäuscht worden seien. Die Einspruchsfrist war jedoch bereits verstrichen. Der Konkursrichter trat dieser Auffassung bei und sein Spruch lautete auf Festsetzung der Haftsumme auf 5000 Mark für jeden Genossen. Er hob hervor, daß ihm in seiner richterlichen Laufbahn selten ein Beschluß so schwer gefallen sei. Viele kleine Geschäftsleute, die Genossenschaftler der Bank waren, sind ruiniert.
Festung am Nörderrittweg. Seit vorigem Jahr nimmt Dresden am Karneval teil. Der Festungsmaschinenzug wird in der Regel von Studierenden der technischen Hochschulen veranstaltet. Der diesmalige Festzug erregte das Mißfallen einiger Normalbürger, die an einigen Wagen, darunter einer launigen Symbolisierung des Geburtenrückganges, hergekommen waren. Gegen die Veranstalter des Festzuges ist Strafanzeige erstattet worden, weil diese harmlos derben Gruppen unzüchtige Darstellungen gegeben seien. Die Hoffnung, daß sich die Ueberbieder dieser Strafanzeige mit dieser Rettung der Striktheit unterbleibt blamieren würden, wird zerstreut durch die am Dienstag veröffentlichte Mitteilung, daß die königliche Polizeidirektion in Zukunft den Karnevalszug der Polizeijugend unterstellen will.

Vom Kampf gegen die Arbeiterturnvereine. Wie anderswo führen auch in Frankfurt a. M. die Behörden einen heftigen Kampf gegen die Arbeiterturnvereine. Den Jugendlichen war in einer Turnstunde gestattet worden, nach ihrer Meinung und Lust unabhängig von den Erwachsenen zu turnen, wobei ausdrücklich betont worden war, daß kein Erwachsener ihnen irgendwelche Vorschriften zu machen habe, — denn es wäre Unterricht, und dazu bedarf es einer Erlaubnis. Die Jugendlichen machten denn von der ihnen eingeräumten Freiheit Gebrauch und turnten nach Herzenslust, ohne sich um jemand zu kümmern, und ohne daß sich jemand um sie kümmerte. Um den Jugendlichen auch dieses Turnen unmöglich zu machen, kam die Polizei auf den Einfall, die Turnstunden und die Turnübung für eine — Versammlung zu erklären, an der Jugendliche unter 18 Jahren nach dem Vereinsgesetz nicht teilnehmen dürfen, da der Verein ja als politischer Verein erklärt worden sei. Der Leiter und einige Jugendliche wurden mit Strafbefehlen bedacht. Auf Einspruch eines Jugendlichen hatte sich am Freitag das Jugendgericht in Frankfurt a. M. mit der Sache zu befassen. Der Amtsanwalt bestand auf Bestrafung; er wollte die Turnübung absolut als Versammlung angesehen wissen, weil in ihr auch geungun worden sei. Das Gericht folgte ihm nicht, sondern kam zur Freisprechung, weil eine Turnübung keine Versammlung sei.
Ein neuer Zwischenfall in Straßburg. Als am Sonntagabend ein Feldwebel mit seiner Frau auf der Straße spazieren ging, kam es zu einem Zusammenstoß mit einem Zivilisten, der sich dem Feldwebel als ein Leutnant der Reserve vorstellte. Im Laufe der Auseinandersetzung kam es dann zu Anstimmungen, worauf sich ein Unbeteiligter zur Hauptwache begab und dort Meldung über den Zusammenstoß des Feldwebels mit dem Zivilisten machte. Kurze Zeit darauf eilten 10 Soldaten im Laufschritt zu der Stelle hin; als sie ankamen, hatte sich die Anstimmung bereits zertrümmert, sodass die Soldaten keine Gelegenheit hatten, irgend einen der Zivilisten festzunehmen.
Auch die Gendarmen von Zabern müssen ins Gef. In Zabern ist am Dienstag die Nachricht eingetroffen, daß sämtliche in Zabern stationierten Gendarmen verhaftet werden sollen, um durch Gendarmen aus verschiedenen Teilen der Reichslande ersetzt zu werden. Selbstverständlich lehnt die Maßregel im Zusammenhang mit den bekannten Zaberner Vorgängen.
Blutaten. Zwischen Schülern der wasserwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Schule in Escorial und jungen Rekruten benachbarter Gemeinden kam es zu einem Handgemenge, weil die Schüler den Soldaten ihr Getränk nicht bezahlen wollten. Ein Schüler ist getötet worden, mehrere wurden schwer verletzt. Einschreitende Zollbeamte feuerten in der Notwehr auf die Rekruten, von denen mehrere schwer verletzt wurden.
50 Brände. Im Ostende der Stadt Neugorj sind in 24 Stunden etwa fünfzig Brände ausgebrochen. Die Feuerwehre kann nur unter Schwereigkeiten zu den Brandstätten gelangen, da der tiefe Schnee die Straßen sperrt. Die Hydranten und Schläuche sind eingefroren. Der Verkehr Neugorjs ist fast ganz lahmgelegt. Der Betrieb der Tramway und Hochbahnen ist eingestellt. Sechs Schiffe sind an der Küste der Neugorj-Staaten geistert, etwa 300000 Menschen und umgeladene Güter.

Schreckensstat einer Mutter. Aus U l m a. d. Donau wird berichtet: Die 23jährige Ehefrau eines Schmiedes Marien fand sich am 2. März im Amtsgerichtsgefängnis ein und zeigte an, daß sie ihre drei Kinder, von denen das älteste sechs Jahre und das jüngste vier Monate alt waren, in der Abwesenheit ihres Mannes in ihrer Wohnung aufgebahrt habe. Die sofort anangestrichenen Ermittlungen ergaben die Richtigkeit der Anzeige. Die Kinder wurden an der Decke bezw. am Türpfosten erhängt, tot aufgefunden. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Weitere Opfer eines Branduraklids. Von den bei dem Brande der Kapoffabrik in Werden a. d. Ruhr schwer Verletzten vier Personen sind zwei Arbeiterinnen gestorben. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt.

Die Freiheit mit dem Leben bezahlt. Die aus dem Gefängnis in Windau, Rußland, entflohenen Sträflinge sind durch die Schüsse der sie verfolgenden Polizeibeamten getötet worden.

Erstickt. In Grona an der Grahe wurden das Kinderfräulein Piotrowski und das Dienstmädchen eines Kaufmanns in ihrem Zimmer durch Kohlenoxydgase erstickt aufgefunden.

Explosionen. Aus Lüttich wird gemeldet: In dem Steinbruch bei Sprimont explodierte eine Sprengmine. Zwei Personen, darunter der Direktor, wurden getötet, mehrere Arbeiter schwer verletzt. — Eine Dynamitexplosion in der Fabrik in Vaulles tötete drei Personen. Eine Person wird vermisst, mehrere andere sind verletzt.

Wassereintritt in eine belgische Kohlengrube. Ein schweres Grubenunglück ereignete sich Dienstag vormittag auf dem Kohlenbergwerk Strepp-Bracquegnies bei Mons. In einem erst vor etwa drei Jahren in Betrieb genommenen Schacht brach infolge eines Rohrbruchs Wasser ein. Die Wassermassen stürzten sich in so gewaltigem Umfange und mit so großer Schnelligkeit in den Schacht, daß die einzelnen Stollen in kurzer Frist vollständig überflutet waren und an einigen Stellen das Wasser um 70 bis 80 Zentimeter stieg. In der Grube arbeiteten zur Zeit der Katastrophe 250 Bergleute, von denen sich diejenigen, die in der Nähe der Einbruch-

stelle tätig waren, sogleich in hoher Lebensgefahr befanden, während die überwiegende Mehrheit der in den weiter abliegenden Strecken Arbeitenden sogleich alarmiert wurden und sich durch Notausflüge retten konnten. Einer kleineren Gruppe war der Ausweg abgeschnitten. 9 Arbeiter und 22 Pferde sind ertrunken. Außerdem ist ein Haus eingestürzt. Weiter wird gemeldet: Wie das Wasser eingebrungen ist, ist noch nicht festgestellt worden. Man glaubt aber, daß in der Nähe der Grube Wasser aus einem Kanal in die über dem Bergwerk aufgeworfene Erde eindrang und durchsickerte. Die Grube hatte keine Pumpen, auch die Gleise der Aufzüge funktionierten nicht. Aber durch einen glücklichen Umstand wurden oben Geräusche gehört, sodaß bis auf neun Arbeiter alle gerettet wurden. Die Wiederherstellungsarbeiten dürften längere Zeit dauern. Auf der Grube sind 680 Arbeiter beschäftigt, die jedenfalls mehrere Monate feiern müssen.

Schwere Strafe. Drei türkische Soldaten in Konstantinopel wurden standrechtlich erschossen, weil sie einen Raubfall auf die Töchter des Generals Liman v. Sanders ausgeführt hatten. — Nach einer Depesche aus Konstantinopel erfolgte der Überfall auf die beiden Damen v. Liman und ihren Begleiter, einen Zivil tragenden deutschen Offizier durch drei Soldaten am Sonnabend auf dem asiatischen Bosphorusufer unweit des Ausflugsortes Beikos, als gerade weit und breit kein Mensch zu sehen war. Die drei Soldaten verlangten in drohendem Ton Geld. Mit Rücksicht auf die Damen gab der Offizier ihnen seine Bauschaft von 30 türkischen Pfund. Als die Soldaten im Besitze dieser Summe waren, bemerkten sie Passanten und ergriffen die Flucht. Sie wurden aber später von Gendarmen ermittelt und kriegsgerichtlich abgeurteilt.

Genossenschaftsbewegung.

Ein Schlag gegen die Konsumvereine Württembergs. Eine Erdbrodelsteuer gegen die Konsumvereine Württembergs ist beabsichtigt. Der Finanzausschuß der Zweiten Kammer stimmte mit 8 gegen 7 Stimmen einem Antrag zu, wonach auch der statutenmäßig festgelegte Rabatt gleich den Dividenden zur Steuer herangezogen werden soll. Dabei sind

die württembergischen Konsumvereine zurzeit schon steuerlich hart angelegt. Die zehn größten Konsumvereine erzielten im Jahre 1912 bei einem Umsatz von rund 18 Millionen Mark einen Reingewinn von 543 664 Mk.; die steuerliche Belastung stellte sich auf 301 272 Mk., das sind 55,4 Prozent des Reingewinns. Der Stuttgarter Konsumverein, der größte des Landes, hatte bei einem Umsatz von 9 Millionen Mark im Jahre 1912 einen Reingewinn von 1 695 509 Mk. und mußte Steuern zu zahlen. Wird diese Steuerlast noch erhöht, ist die fernere Existenz der Konsumvereine sehr in Frage gestellt.

Bestellschein auf den Lübecker Volksboten

Name:

Stand:

Wohnort:

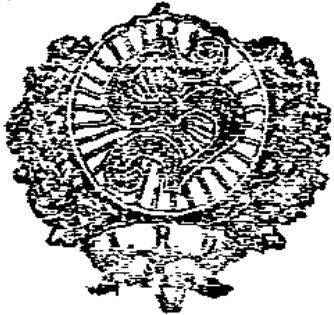
Straße u. Haus-Nr.:

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
 Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Am Dienstag entschlief sanft nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, meines Sohnes guter Vater

Karl Sahlmann

im Alter von 24 Jahren.
 In tiefer Trauer
 M. Sahlmann, geb. Schlage.
 C. Sahlmann.
 Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 6. März, nachmittags 3 1/2 Uhr in der Kapelle Vorwerk statt.



Arbeiter-Radfahrer-Bund
 Solidarität

Mitgliedschaft Lübeck.

Am Sonntag verstarb unter Geheilte

Herm. Gerhard.

Seine letzten Absichten!
 Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag nachmittags 1 1/2 Uhr auf dem Vorwerker Friedhof.
 Die Anwesenden mögen sich bis 1 Uhr im „Weißen Hirsch“ einfinden.
 Der Vertrauensmann.

Sozialdemokratischer Verein

Zur Beerdigung der verstorbenen Genossin Frau Rosa Höppner sammeln sich die Mitglieder nicht bis 2 1/2 wie in der Todesanzeige vermerkt, sondern bis 2 1/2 Uhr im „Weißen Hirsch“.
 Der Vorstand.

Gesucht zum 1. April eine 2-3-Zimmer-Wohnung von Leuten mit 12jähr. K. u. Volkst. (1542) Alnab. u. G. B. 10.

Gef. v. Ehepaar mit 4jähr. Kind zum 1. Juli eine geräumige 2- oder 3-Zimmer-Wohn. Sollicitor-Süd. Ang. m. Fr. unt. J. K. I. a. d. Exp. d. Bl. (1533)

Passend für Brautleute!
 3 v. e. hochf. Plüschgarnitur a. bel. Dame, best. aus 2 gr. u. 2 kl. Sesseln. B. becher bei St. Johannis 28.

Guter Sportwagen billig zu verkaufen. (1539) Sadowstraße 25, II.

Kinderwagen mit Matratze zu verkaufen. (1548) Arminstraße 16, p.

Hintze & Stech

Größte Möbelfabrik Lübecks

empfehlen 47

Wohnungseinrichtungen.

Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
 Moislinger Allee 60.

Weißer Sitz- u. Liegewagen auf Nickel u. Gummi zu verkaufen. (1540) Dornestr. 77, I.

1 schw. Damen-Tuch-Jackett zu verkaufen. (1547) Fleischhauerstr. 52, v.

Zu verk. eine Glucke, Kohleneisen, geb. Triitnähmaschine u. schwarze Ballschuhe, Gr. 36. (1544) Schulstraße 20, d.

Zu verkaufen zerlegbarer zweistöckiger Kleiderschrank u. 1 Sopha. (1556) Schwartauer Allee 96.

Zu kaufen gesucht ein Haus in der Gegend der Karpfenstraße. Off. m. Preisang. unter W. K. 32 an die Exp. d. Bl. (1541)

Hiermit nehme ich die Beledigung mit Bedauern zurück und erkläre Fel. J. Kalkhorst als ein anständiges Mädchen. (1554) O. Baumgarten.

Wäsche weiche ein in Henkel's Bleich-Soda

Verloren von einem Schulknaben ein Portemonnaie mit 10 Mk. im Beutel von der Stiftung in Vorwerk bis zum Konsumverein. 26 Mark zugeben gegen Belohnung im (1552) Konsumverein Vorwerk.

Peters Union Gummiablage und Ecken Garantie. (1555) bei K. Kolz, Arminstr. 20.

Damen- u. Kinder-Kleider fertigt billigt an (1548) Fr. Reblen, Moislinger.

Hausstandswäsche wird gewaschen. (1545) Belzerstraße 6.

Die Warenabgabestellen

des

Konsumvereins für Lübeck u. Umgegend e. G. m. b. H.

werden dem Wachsen der Mitgliederzahl entsprechend vermehrt und sollte keiner, der eine Abgabestelle dieser, für jeden Konsumenten so äußerst wichtigen Genossenschaft, in seiner Nähe wünscht, unterlassen, ihr beizutreten. Bis jetzt sind folgende Abgabestellen vorhanden:

- | | | |
|---------------------------------|---------------------------------------|---|
| 1. Königstrasse 113 | 10. Langer Lohberg 30/32 | 19. Dassow i. M., Moritzstrasse |
| 2. Warendorpstrasse 1/3 | 11. Vorwerk | 20. Mölln i. Lbg., Mühlenstrasse 5 |
| 3. Kottwitzstrasse 8 | 12. Schlutup, Brehmerstrasse 15/17 | 21. Seeretz |
| 4. Schwartau, Eutinerstrasse 1a | 13. Kronsforder Allee 105a | 22. Neustadt i. H., Brückstrasse 57 |
| 5. Eutin, Stollbergstrasse | 14. Drögestrasse 9 | 23. Travemünde, Torstrasse 25 |
| 6. Lindenstrasse 48 | 15. Schönberg, Siemzerstrasse 187 | 24. Ahrensböck, Fleckenstrasse 156 |
| 7. Elswigstrasse 9a | 16. Malente, Rosenstrasse | 25. Ratzeburg i. Lbg., Langenbrückerstrasse 156 |
| 8. Königstrasse 111 | 17. Morkerkestrasse 4 | |
| 9. Moisling | 18. Grevesmühlen i. M., Gr. Seestr. 3 | |

Während die Abgabestellen in der Hauptsache zur Besorgung billiger, preiswerter Lebensmittel in bester Qualität dienen, ist die Abgabestelle 8,

Königstraße 11, Ecke Aegidienstraße,

ein

Speziallager für Manufaktur- u. Hausstandsgegenstände

die wir ganz besonderer Beachtung empfehlen. Schon jetzt machen wir darauf aufmerksam, dass wir Anfang April

Fischergrube 52, Ecke Schwöneckenquerstraße,

eine weitere, die 26. Abgabestelle, eröffnen.

Konsumenten! Arbeiter und Arbeiterinnen! Tretet, soweit noch nicht geschehen, dem Konsumverein bei, je grösser dadurch der Umsatz wird, umso mehr hebt sich auch die Leistungsfähigkeit.

Die Mitgliedschaft erwirbt man durch die Unterzeichnung einer Beitrittserklärung und Zahlung eines Eintrittsgeldes von 50 Pfg. Beitrittserklärungen werden in allen unseren Warenabgabestellen entgegengenommen.

Der Vorstand des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.